

die Meinung sagt. Doch dürfen die Methoden weltlicher oder politischer Publizistik nicht in die Kirche eindringen. Es darf auf keinen Fall so weit kommen, daß die einen sich rühmen, die wahreren Christen zu sein als die anderen. Darüber kann niemals eine religiöse Gruppe oder Meinung befinden. Was in der Kirche wahr oder falsch, was gesund oder übertrieben ist, was der Auferbauung des mystischen Leibes Christi förderlich oder abträglich ist, kann gültig nur das Lehr- und Hirtenamt beurteilen, dem alle Seelen anvertraut sind. Das Gegeneinander politischer Meinungen aber, die auf die Verwirklichung christlicher Werte zielen, darf nicht die sakramentale Verbundenheit antasten. Vor allem darf die Verbundenheit zwischen denen, die in voller Freiheit ihres Glaubens leben, und denen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, durch keine Unterlassung der Liebespflichten leiden. Es mag schließlich eine Gefahr des katholischen Glaubens sein, der in verschiedenen Völkern in verschiedener Weise Leib wird, daß die von der Kirche angenommene Menschheit sich über das Mysterium der Einheit erhebt und die Besonderheiten des Kultus und der Frömmigkeit zum Gesetz erstarren, das andere abstößt.

Von entscheidender Bedeutung ist die Verbundenheit der Gläubigen mit ihren Hirten. Sie ist von beiden Seiten her Gefahren ausgesetzt. Die Autorität der Hirten ist von Gott, die Hirten üben in besonderer Weise das Christusamt aus. Insofern haben sie sich nicht vor Laien zu verantworten. Wenn aber gläubige Laien die Wirksamkeit der Autorität anzweifeln, so hat diese Kritik ihren Grund nicht nur darin, daß das Leben der Christen nicht mehr mit der katholischen Lehre übereinstimmt, wie der italienische Hirtenbrief sagt. Er nennt auch einen anderen Grund: „Man darf sich (von seiten des Klerus) nicht in Bereiche einmischen, wo wir kein Recht haben, Direktiven zu geben, weil hier das Urteil und die Entscheidung der persönlichen Freiheit zusteht.“ Der Bischof von Münster warnte einmal vor falschem Paternalismus. In der Tat hindert die Strapazierung kirchlicher Autorität die Verbundenheit mit den Hirten. Ebenso schwerwiegend ist jedoch der andere Tatbestand, daß viele Katholiken oft mehr Führung verlangen, als in der Aufgabe des Hirtenamts liegt. Die von Gott gegebene Autorität mußte schon immer durch charismatische Übung eingewurzelt und befestigt werden, indem der Geist des Lehrers die Herzen der Gläubigen ergreift. Der Apostel Paulus ließ es seinen Gemeinden gegenüber wirklich nicht an der Geltendmachung seiner apostolischen Autorität fehlen: „In mir spricht Christus“, konnte er sagen (2 Kor. 13, 3), sogar mit dem Stock konnte er drohen (1 Kor. 4, 21), aber immer sprach er als liebender Vater und nannte die Gläubigen Brüder. Oft genug berief er sich auf ihre Einsicht. Die kanonische Autorität macht ihre charismatische und menschliche Entfaltung nicht überflüssig. Jeder Soldat weiß, daß der Kommandeur zu befehlen hat, aber es gibt Kommandeure, für die man durchs Feuer geht.

Die Gläubigen aber irren schwer, wenn der eine oder andere meint, er habe auf Grund vermeintlich besserer Einsichten das Recht, den Bischöfen Vorhaltungen zu machen, wie ein politischer Leitartikler das mit Ministern tun kann. Die kirchliche Sprechweise ist leider nicht ganz unschuldig daran, daß die Hirten unter den Begriff der Obrigkeit gebracht werden und infolgedessen als Behörde gelten. Sie sind aber unsere geistlichen Väter, und wenn man sie als Väter anspricht, indem man sie auf-

sucht, wird man heute auch ihr Ohr finden. Um die Verbundenheit der Gläubigen mit ihren Hirten zu befestigen, sollten die Hirten Wege bahnen, daß sie den Gläubigen nicht nur im liturgischen Dienst begegnen, sondern auch im persönlichen Gespräch. Offene Briefe an die Bischöfe schreiben ist Demokratismus. Aber die Gläubigen sollten wissen, daß sie ihren Hirten schreiben können und daß sie Gehör finden, wenn ihr Anliegen wahr und berechtigt ist. In unseren Kirchen sind meist die barocken Gitter gefallen, die den Chor der Priester von den Gläubigen trennten, so wie in unsern weltlichen Büros die undurchsichtigen Schalter verschwunden sind. Es gibt sicher analoge und viel tiefer begründete Wege, um zwischen Hirten und Gläubigen Scheidewände zu beseitigen, die nicht der Heilige Geist, sondern die Geschichte aufgerichtet hat. Letztlich wird die vom Heiligen Vater gewünschte Verbundenheit in den gegenwärtigen Schwierigkeiten dadurch am wirksamsten gefördert, daß die Hirten ein Herz und Verstand befeuernde Führung ausüben, wozu ja das Ökumenische Konzil von Papst Johannes XXIII. einberufen wird.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Katholische Antwort Die Evangelische Akademie Westfa-
auf eine evange- len in Bochum hatte am 30. Mai eine
lische Frage gedruckt verbreitete öffentliche „An-
 frage an die römisch-katholische Kirche“ gerichtet und zahlreichen Mitgliedern der Hierarchie sowie der katholischen Presse zugeleitet, ein ungewöhnliches Verfahren. Sie knüpfte an eine Aussprache des katholischen Religionslehrers Heinz Schütte mit dem lutherischen Professor D. Ernst Kinder, Münster i. W., über das bekannte, von Schütte veröffentlichte Buch „Um die Wiedervereinigung im Glauben“ an, über das wir am Schluß aus einer Würdigung von Thomas Sartory OSB zitieren. Schütte hat in dem Buch eine Auswahl evangelischer Lehräußerungen von Theologen, die sich positiv zu Einzelheiten der katholischen Wahrheit verhalten, mit einer Reihe entgegenkommender katholischer Ansichten zur Reform der Kirche zusammengestellt. Daraufhin formulierte die Anfrage:

„Wir können unsererseits dem, was hier als Möglichkeit für eine gegenseitige Verständigung und was als weiterzuverhandelnde Fragen für eine fortschreitende Verständigung ausgeführt wird, im wesentlichen zustimmen, und wir vermögen vor allem die Intentionen dieser Ausführungen uns zu eigen zu machen. Wir fragen darum die römisch-katholische Kirche, ob sie die Zusammenfassung der Darlegungen Schüttes... in ihrer Intention und in ihren inhaltlichen Formulierungen billigt... und ob sie auf dieser Grundlage und entsprechend dieser Linie zu Gesprächen bereit ist.“

Ein Brief des Erzbischofs Dr. Jaeger

Auf diese Anfrage gab der Erzbischof von Paderborn, Lorenz Jaeger, in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Episkopats für Fragen der Glaubensverbreitung, eine ausführliche Antwort, in der er zunächst darauf hinwies, daß eine solche Anfrage „kaum der geeignete Weg für die

theologische Behandlung von Kontroverslehren sein dürfte“ und daß von katholischer Seite als Grundlage eines interkonfessionellen Gesprächs um die Einheit im Glauben „nur die allgemeine Lehrverkündigung der Kirche“ dienen könne. Der Erzbischof verweist sodann auf einen Bericht des Evangelischen Pressedienstes über die Verhandlungen in der Akademie Bochum, in dem es zum Schluß hieß: „Die wesentlichen Unterschiede zwischen katholischer und evangelischer Kirche konzentrieren sich heute auf die Auffassungen von der Kirche und vom priesterlichen Amt.“ Dieses Urteil sei zutreffend: „Der grundlegende Gegensatz liegt nicht in der Rechtfertigungslehre, sondern in der Lehre von der Kirche, von den kirchlichen Ämtern und von der apostolischen Amtsnachfolge der Bischöfe.“ Das habe schon das Regensburger Religionsgespräch von 1541 ergeben: „Die Regensburger Verhandlungen scheiterten an der Lehre von der Autorität der Konzilien, von der Kirche und dem kirchlichen Lehramt.“ Der Erzbischof fügt hinzu, daß wir heute vor einer ähnlichen Situation stehen, einer Situation, die der Erzbischof inzwischen durch die Veröffentlichung eines klärenden Buches über „Das Ökumenische Konzil, die Kirche und die Christenheit“ nach allen Seiten erhellt hat, um jeder möglichen Verwirrung zu steuern (Verlag Bonifacius-Druckerei, Paderborn 1960, 143 S.).

Wie in diesem Buch, das in vier Kapiteln eine Darstellung der ersten acht ökumenischen Konzilien, der sieben mittelalterlichen Generalkonzilien, der spätmittelalterlichen und der beiden neuzeitlichen Konzilien gibt und jeweils ihre ekklesiologische Bedeutung analysiert, um im 5. Kapitel die Gegenwartsprobleme um das 2. Vatikanische Konzil zu klären, erhebt der Erzbischof von Paderborn einen entscheidenden Einwand gegen die Meinung von Professor Kinder, die in dieser oder jener Form in manchen Kreisen umgeht. Danach müsse eine Wiedervereinigung der Kirche sich „nur auf die Zentralpunkte der Verkündigung und der Sakramente beziehen, jedoch sei keine Einheit der kirchlichen Verfassung am Platze“, denn die Kirche sei, wie Kinder als Lutheraner meint, in erster Linie nicht Institution, sondern Glaubensgemeinschaft. Damit habe Kinder, so erklärt der Erzbischof in seinem Brief wie in seinem Buch (Nachwort S. 138), „den protestantischen, nicht aber den katholischen Standpunkt wiedergegeben“. Das Augsburger Bekenntnis sage im Artikel VII: „Dies ist genug zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirchen, daß da einträglich nach reinem Verstand das Evangelium gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden. Und ist nicht notwendig zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirche, daß allenthalben gleichförmige Zeremonien, von Menschen eingesetzt, gehalten werden.“ Der Erzbischof fügt hinzu: „Auf diesem letzten Satz fußt Kinders Stellungnahme. Schütte verstand diesen Satz von den rein kirchlichen Einrichtungen menschlichen Rechts, die nicht auf göttliche Einsetzung zurückgehen.“ Diese brauchten nicht überall gleich zu sein, wie auch die Enzyklika Papst Johannes' XXIII. *Ad Petri Cathedram* bezüglich der orientalischen Riten betonte. „So ist beispielsweise das orientalische Kirchenrecht der mit Rom vereinigten Ostkirchen in vielen Punkten anders als das abendländische Kirchenrecht. Die Verfassung dieser Ostkirchen mit ihrer starken Betonung der Patriarchate ist weniger ‚zentralistisch‘ als die abendländische Kirche, obwohl die von Christus selbst eingesetzte Grundstruktur der Kirche mit dem Ober-

hirtenamt des Nachfolgers Petri und dem Hirtenamt der Nachfolger der Apostel selbstverständlich dieselbe ist. Auch die Frömmigkeit der orientalischen Kirchen hat seit alters ihr eigenes Gepräge — man denke an die Bilderverehrung, die in dieser Form dem Abendland fremd ist. Daß auch innerhalb des Abendlandes, ja selbst innerhalb der einzelnen Bistümer, verschiedene Frömmigkeitstypen vorhanden sind, ist eine leicht feststellbare Tatsache. Einheit in der Mannigfaltigkeit ist ein altes katholisches Prinzip. In diesem Sinne konnte Schütte sagen, es bedürfe keiner einheitlichen Normaltheologie und keiner Gleichheit der liturgischen Formen usw. Ganz anders aber hat Kinder die Aussagen des VII. Artikels des Augsburger Bekenntnisses aufgefaßt. Kinder meint, daß „keine Einheit der kirchlichen Verfassung am Platze sei“. Er sieht in der kirchlichen Grundverfassung nur menschliche, kirchenrechtliche Einrichtungen, die eben deshalb verschieden sein könnten, weil sie — wie er meint — nicht auf Jesus Christus zurückgehen. Die katholische Christenheit ist demgegenüber überzeugt, daß die Grundverfassung der Kirche mit dem Papst als Einheitszentrum und sichtbarem Oberhirten, mit den Bischöfen als Nachfolger der Apostel, die Kirche also mit ihrer hierarchischen Struktur und ihrer apostolischen Amtsnachfolge, auf die Einsetzung Jesu Christi selbst zurückgeht. Wir sind überzeugt, daß sich diese unsere Auffassung aus dem Neuen Testament und aus ältesten Zeugnissen der Tradition . . . begründen läßt. Wir sehen aber auch, daß hier der eigentliche Unterschied zwischen katholischer und protestantischer Auffassung zutage tritt. Dieser Unterschied ist den Gesprächspartnern in Bochum . . . nicht aufgegangen.“

„Zuständig ist das Sekretariat für die Einheit“

Auch Kardinal Augustin *Bea* hat die Anfrage der Evangelischen Akademie Bochum beantwortet und die Bereitschaft zur Verständigung mit den von Rom getrennten Christen betont. Der beste Beweis sei hierfür die Einrichtung eines Sekretariats für die Einheit der Christen durch Papst Johannes XXIII. Diese Instanz — die übrigens von Erzbischof Jaeger bereits in seinem Buche ebenso gewürdigt wird wie die Persönlichkeit ihres Präsidenten, eines „konservativen Reformers“ (S. 136) — werde über alle Fragen und Wünsche, die von nichtkatholischer Seite an das Konzil herangetragen werden, unter Hinzuziehung von Sachverständigen beraten und sie entweder selbst beantworten oder dem Konzil zur Behandlung zuleiten. Zu dem Hauptpunkt der Anfrage der Akademie Bochum antwortet der Kardinal: „Die Stellungnahme zu privaten diesbezüglichen Schriften wird für gewöhnlich Aufgabe der wissenschaftlichen Diskussion kompetenter privater Kreise sein, höhere kirchliche Lehrinstanzen werden nur in besonderen Fällen sich dazu äußern. Was das Buch von Schütte angeht, dürfte schon die Tatsache, daß es mit der Druckerlaubnis des Bischofs von Essen erschienen ist und die Zustimmung zahlreicher katholischer Bischöfe und Theologen gefunden hat, ein Zeichen sein, daß seine Ausführungen im wesentlichen im Sinn der römisch-katholischen Kirche gehalten sind. Sollten über einzelne wichtigere Punkte Zweifel oder Unklarheiten bestehen, so wird unser Sekretariat auf eine entsprechende Anfrage immer gerne bereit sein, diese zu prüfen und zu klären.“ Zum Schluß zitieren wir aus einer Würdigung des Buches von Schütte im „Christlichen Sonntag“ (Nr. 28, 10. 7. 60) ein Urteil des sachkundigen Benediktiners Thomas

Sartory. Der Leiter der Una-Sancta-Bewegung bemerkt grundsätzlich zustimmend, es lohne sich, wie Schütte das versucht habe, zu einzelnen Kontroversfragen anerkannte evangelische und katholische Theologen samt Auszügen aus kirchlichen Lehrdokumenten einander gegenüberzustellen. Aber man dürfe dabei nicht nur solche auswählen, die miteinander übereinstimmen. Schütte lasse vornehmlich solche evangelische Autoren zu Wort kommen, die viele Catholica nicht mehr für das Ergebnis eines frühchristlichen Sündenfalles halten. Aber man sollte nicht übersehen, daß man die Ansicht eines evangelischen Autors nicht aus dem einen oder anderen Zitat gewinnen könne: „Protestanten denken viel stärker, als wir es kennen, dialektisch und versuchen, den Kern einer Sache in Aussage und Gegenaussage zu erfassen.“ Sartory hält daher die Methode Schüttes zu einer wirklichen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen ökumenischen Lage für nicht ausreichend, was er an einigen Beispielen überzeugend nachweist. Er schließt seine Ausführungen: „Die Stunde der Wiedervereinigung ist doch wohl noch nicht angebrochen. Wir stehen noch weit voneinander, und der Weg, für beide gangbar, ist uns noch nicht sichtbar geworden. Seinen Intentionen nach halte ich das Buch Schüttes für verfrüht . . . Was Schütte aufzeigt, ist noch nicht geeignet, schon die Brücke zu schlagen“, aber es zeige, daß es auf beiden Seiten schon eine Art Brückenkopf gebe. „Es wäre zu wünschen, daß der Autor bei weiteren Auflagen seines Buches nicht die Zitate katholischer und evangelischer ‚Pioniertheologien‘ vermehrt — in der Wahrheitsfrage entscheidet nicht die Quantität —, sondern auch kräftig die Gegenstimmen zu Gehör bringt . . ., sonst besteht die Gefahr, daß wir im Anliegen einer Wiedervereinigung beim ungeschulten Leser Illusionen nähren.“

Die ersten Teilverträge des österreichischen Konkordates

Als erste Teilverträge in der Neufassung des österreichischen Konkordates von 1934 wurde am 23. Juni 1960 im Bundeskanzleramt in Wien ein Vertrag über die vermögensrechtlichen Fragen zwischen Staat und Kirche und ein Vertrag über die Umwandlung der Apostolischen Administratur Burgenland in eine Diözese Eisenstadt unterzeichnet. Im Namen des Heiligen Stuhles unterzeichnete Nuntius Dellepiane, im Namen der Republik Österreich Außenminister Kreisky und Unterrichtsminister Drimmel.

Der Abschluß dieser Verträge hat eine lange Vorgeschichte. 1933 war unter Bundeskanzler Dollfuß — in der Zeit der Ausschaltung des Parlamentes — ein Konkordat abgeschlossen und am 1. Mai 1934 im Zusammenhang mit der neuen Verfassung des „christlichen Ständestaates“ ratifiziert worden. 1938 schoben die neuen Machthaber das Konkordat einfach beiseite und erließen Gesetze, insbesondere Ehegesetze, ohne Rücksichtnahme auf das Konkordat. 1945, als wieder ein österreichischer Staat entstanden war, blieben die NS-Gesetze (obligatorische Zivilehe, kirchliche Trauung nur nach vorangegangener standesamtlicher) weiterhin in Kraft. Was als Provisorium gedacht war, erwies sich als sehr dauerhaft. Denn die SPÖ weigerte sich, das Konkordat als gültig anzuerkennen, einmal wegen der ihrer Meinung nach zu großen Berücksichtigung kirchlicher Wünsche und zum andern, weil das Konkordat ohne Zustimmung eines demokratisch gewählten Parlamentes zustande gekommen

war. Und ohne ihre Zustimmung konnte die Koalitionsregierung nichts unternehmen.

Erst allmählich und als Folge des Abbaus alter Frontstellungen änderte die SPÖ ihre Haltung und fand sich zur grundsätzlichen Anerkennung der Gültigkeit des Konkordates bereit. Der Ministerrat konnte einen einstimmigen Beschluß fassen. In einer Note der österreichischen Bundesregierung an den Vatikan vom 21. Dezember 1957 wurde die Gültigkeit des Konkordates von 1934 anerkannt und zugleich der Vatikan ersucht, in Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Konkordates einzutreten, da die seit 1934 geänderte Rechtslage der Erfüllung einiger Punkte des Konkordates, insbesondere der Ehebestimmungen, entgegensteht.

Der Heilige Stuhl erklärte in seiner Antwortnote vom 30. Jänner 1958, daß die grundsätzliche Anerkennung der Gültigkeit des Konkordates die Verpflichtung in sich schließt, das Konkordat auch tatsächlich einzuhalten, das heißt, die derzeitigen österreichischen Gesetze im Sinn der Konkordatsbestimmungen zu ändern; der Heilige Stuhl sei nur zu kleinen Änderungen, „kleinen Retouchen“, bereit. (Über diesen Notenaustausch vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 349 ff.)

Auf dieser Basis wurden keine Fortschritte erzielt. Die österreichischen Gesetze wurden nicht geändert. (Das Gesetz, nach dem eine kirchliche Trauung erst nach vorangegangener staatlicher vorgenommen werden darf, war schon früher, ohne Zusammenhang mit dem Konkordat, durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes aufgehoben worden.)

Die strittigen Fragen gliedern sich in drei Gruppen: 1. vermögensrechtliche Fragen; 2. Eherecht; 3. Schule.

Im Jahre 1959 kamen die Verhandlungen wieder in Fluß. Man begann mit den vermögensrechtlichen Fragen, weil hier eine leichtere Einigung zu erwarten war.

Der nun zustande gekommene Vertrag sieht folgendes vor:

Als Abgeltung der Zahlungen, die der österreichische Staat vor 1938 der Kirche geleistet hat — Klerusbesoldung, Patronate und Kirchenbaulasten —, stellt der Staat der Kirche jährlich 100 Millionen Schilling zur Verfügung. (Dieselbe Summe hat der Staat im Hinblick auf die zu erwartende Regelung bereits in den Jahren 1958, 1959 und 1960 auf Grund eigener Bundesgesetze gezahlt.) Zu einer entsprechenden Entschädigung ist ja der Staat auch nach Artikel 26 des Staatsvertrages verpflichtet, in welchem es heißt, daß der Staat die Vermögensschaften, Rechte und Interessen der Religionsgemeinschaften, wie sie am 13. März 1938 bestanden haben, wiederherzustellen hat. Nach einer Aufstellung des „Wiener Kirchenblattes“ (28. 2. 60) würden die verschiedenen Leistungen des Staates vor 1938, umgerechnet auf heutige Verhältnisse mit dem Valorisierungsfaktor 7, eine Summe von jährlich 187 Millionen Schilling ausmachen. Der Vertrag bestimmt ferner, daß die Hälfte der 100 Millionen Schilling wertbeständig ist in Relation zu den Gehältern der Bundesangestellten. Der Realwert der 100 Millionen bleibt also teilweise erhalten.

Das Recht der Kirche, Kirchenbeiträge einzuheben, wird durch diese Leistungen nicht berührt.

Der Religionsfonds, der seinerseits von Joseph II. aus eingezogenem Kirchengut zur Errichtung neuer Pfarren, zur Besoldung des Klerus und zur Erhaltung von Kirchengebäuden errichtet worden ist — noch immer 51 000 ha Wald und 4500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche —

wird aufgelöst. 90% gehen in den Besitz des Staates und 10% in den der Kirche über.

Ferner wird dem Erzbischof von Salzburg, der 1803 beim Reichsdeputationshauptschluß nicht nur die weltlichen Herrschaftsrechte, sondern auch alle Güter verloren hatte und seither als Mieter des Staates wohnte, das von ihm und den kirchlichen Zentralstellen bewohnte Palais Salzburg, Kapitelsplatz 2, und vier Domherrnhäuser sowie ein Mensalgut von 560 ha Wald als Eigentum übergeben. (Seinerzeit war durch kaiserliche Entschließung im Jahre 1817 dem Erzbischof und dem Domkapitel das freie Nutzungs- und Wohnrecht in staatlichen Gebäuden zugesichert, doch kein Eigentumsrecht gegeben worden; diese Regelung völlig aus dem Geist des Josephinismus hatte seltsamerweise alle folgenden so verschiedenen Zeiten der Monarchie und der ersten Republik überdauert.)

Der zweite Vertrag vereinbart die Erhebung der Apostolischen Administratur Burgenland zur Diözese Eisenstadt. Als 1921 der deutschsprachige Teil Westungarns (zwar nicht im vorgesehenen Umfang, aber doch zum größten Teil) unter dem Namen Burgenland an Österreich gekommen war, wurde das Land (1922) aus dem Verband der ungarischen Diözese Raab und Steinamanger herausgelöst und eine eigene Apostolische Administratur errichtet. Obwohl die neue Grenzziehung völkerrechtlich anerkannt war (anders als die Oder-Neiße-Linie) und auch nach 1945 von Ungarn nicht angefochten wurde und über den Willen der Bevölkerung, zu Österreich zu gehören, kein Zweifel bestand, blieb es bei dem Provisorium. 1934 war im Konkordat die Errichtung einer „*praelatura nullius*“ in Aussicht genommen, doch nicht verwirklicht worden. Die Bevölkerung des Burgenlandes hatte begreiflicherweise den Wunsch nach einer ordentlichen Diözese. Fast 40 Jahre nach der neuen politischen Grenzziehung wurde dem endlich Rechnung getragen.

Der österreichische Staat seinerseits stattet das Bistum durch ein Mensalgut aus (300 ha Wald). Der Heilige Stuhl müßte nun innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifizierung die Errichtung vornehmen. Man nimmt an, daß dies am 11. November, am Fest des heiligen Martin, des Landespatrons des Burgenlandes, der Fall sein wird.

Noch offen sind die Fragen der Schule, d. h. der Subventionierung der katholischen Privatschulen, und des Ehe-rechtes. Wahrscheinlich wird die Schulfrage zuerst behandelt werden. Die Koalitionsparteien sind sich über die Subventionierung der katholischen (und anderen) Privatschulen im wesentlichen einig. Schon jetzt wendet der Staat etliche Millionen Schilling für sog. „lebende Subventionen“ auf, d. h. für Gehälter von bundesstaatlichen Lehrern, die an Privatschulen unterrichten. Wird diese Summe entsprechend erhöht, könnte das Konkordat, das nur allgemein eine Subventionierung der katholischen Schulen nach Maßgabe der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorsah, in diesem Punkt als erfüllt angesehen werden. Die Sozialisten freilich wollen die Subventionierungsfrage mit der Erledigung des gesamten Schulgesetzes koppeln, um in anderen Fragen, die nichts mit dem Konkordat zu tun haben, wie die Frage der Lehrerbildung, ihre Forderungen durchzusetzen.

In der Frage des Ehe-rechtes scheint nach einer vielfach geäußerten Meinung (z. B. „Furche“, 2. 7. 60, „Salzburger Nachrichten“, 24. 6. 60) die Initiative beim Staat zu liegen, der Vorschläge unterbreiten müßte. Das Konkor-

dat sah für die kirchlich geschlossenen Ehen die kirchliche Gerichtsbarkeit vor, was zwar nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach bedeutete, daß die kirchlich geschlossenen Ehen nicht geschieden werden können (über die komplizierten Fragen und die verschiedenen Interpretationen des Konkordatstextes vgl. Bruno Primetshofer, *Ehe und Konkordat*, Verlag Herder Wien 1960). Es ist nun die Frage, ob es in unserer Gesellschaft, welche die Unauflöslichkeit der Ehe weithin ablehnt, durchgesetzt werden kann, daß der Staat zwar die Scheidung grundsätzlich zuläßt, doch die kirchlich geschlossenen Ehen von der Möglichkeit einer späteren Scheidung ausnimmt.

Aus dem Vatikan

Der zweite Schritt zum Konzil Mit dem *Motu proprio Superno Dei nutu* vom 5. Juni 1960 (vgl. ds. Heft, S. 513) hat der Papst, wie er in seiner Pfingstansprache sagte, den Schritt in die zweite und letzte vorbereitende Etappe des Konzils getan. Diese Ansprache, die vom „*Osservatore Romano*“ (6./7. 6. 60) zusammengefaßt wiedergegeben wurde, darf man mit dem römischen Korrespondenten von „*La Croix*“ (8. 6. 60) als authentischen Kommentar zu dem *Motu proprio* verstehen. Aber auch deshalb muß man sie genau studieren, weil sie manche Bedenken zerstreut, die das *Motu proprio* und die bisherigen Maßnahmen zu seiner Durchführung außerhalb Italiens geweckt haben.

Die Pfingstbotschaft des Papstes

Der Heilige Vater äußerte große Freude darüber, daß seine erste Erkundigung nach der Opportunität, den Leitlinien, den Verhandlungsgegenständen des Konzils und den Erwartungen, die man daran knüpft, überall auf der Welt eine sehr günstige Aufnahme gefunden hat. „Man könnte in Wahrheit sagen, daß zum zweiten Male Paulus und Barnabas mit dem Erfahrungsschatz ihrer Besuche bei den verschiedenen Kirchen hierher in unsern Kreis, in die Stadt Petri, das irdische Jerusalem, zurückgekehrt sind und Uns von neuem durch ihre zuverlässigen und verheißungsvollen Nachrichten erfreuen und dadurch ‚allen Brüdern große Freude bereiten‘ (Apg. 15, 3). Dadurch fühle der Papst sich ermutigt, den Schritt zur unmittelbaren Vorbereitung des Konzils zu tun und eine Kommission einzusetzen, der die Aufgabe anvertraut wird, auf Grund der bisherigen Vorarbeiten ‚alles zu ordnen und der konkreten Verwirklichung entgegenzuführen‘.“ Es erschien dem Heiligen Vater nicht überflüssig, dazu einige Erläuterungen zu geben: Ein Ökumenisches Konzil vollzieht sich in vier Zeitabschnitten. Der erste dient einer allgemeinen Bestandsaufnahme, der jetzt beginnende zweite der eigentlichen Vorbereitung. Dann folgt die Feier der allgemeinen Kirchenversammlung und schließlich die Verkündigung der Konzilsakten, das heißt der Feststellungen, Erklärungen und Beschlüsse zur Förderung des Glaubens und Lebens, zur Vervollkommnung des Geistes und Tuns, zur Verherrlichung des Evangeliums Christi, das von seiner Kirche verwirklicht und gelebt wird.

Das *Motu proprio* habe Kunde gegeben vom ersten Abschnitt, „von einer Arbeit, die in ehrfürchtiger Zurückhaltung durchgeführt worden ist mit dem Ergebnis einer reichen und tröstlichen Übersicht über die persönlichen

und örtlichen Verhältnisse, von denen nun ein genaues oder doch gut orientierendes Bild vorliegt“.

„Der zweite Abschnitt, der jetzt beginnt, stellt Uns vor die Aufgabe, für die Konzilsarbeit mehrere Kommissionen zu bilden. Sie haben aus guten Gründen vertraulichen Charakter, jedoch große Bedeutung für die Sache. Ihre schwere und geheiligte Aufgabe zeigt sich schon daran, wie viele Kräfte den Ruf zur Mitarbeit erhalten werden, hier in Rom und an den entferntesten Orten der Erde, da, wo die großen Zelte der Kirche dicht beieinander stehen, und dort, wo sie noch klein und spärlich sind.“

Die einzelnen Kommissionen werden der Zentralkommission genau von ihrer Arbeit zu berichten haben. „Diese hat an ihrer Spitze den Papst, Bischof von Rom und Haupt der Gesamtkirche, dem nomine et facto der Vorsitz und die oberste Leitung des Konzils gebühren, in Ausübung — würde der heilige Gregor d. Gr. sagen — des so ruhmvollen und doch so demütigen Titels ‚Diener der Diener Gottes‘, der im Einklang steht mit der erhabenen Tradition.“

„Der dritte Zeitabschnitt, das ist die offizielle Feier des Konzils hier im Vatikan, wird ohne Zweifel ein sehr bewegendes und herrliches Schauspiel sein, das ‚der Welt, den Engeln und Menschen‘ (1 Kor. 4, 9) dargeboten wird. Aber der Termin seiner Feier wird vom Ausmaß und Fortgang der Vorarbeiten des jetzt beginnenden zweiten Abschnitts abhängen.“

Im vierten, dem endgültigen, für die Praxis wichtigsten und fruchtbarsten Abschnitt erfolgt die Verkündigung der Konzilsakten, das heißt der Konstitutionen, die das Gesetz des Glaubens, das Gesetz des Betens und das Gesetz des Lebens enthalten werden.“

Zwei wichtige Hinweise

Auf zwei besondere Feststellungen legt der Heilige Vater großen Wert: „Das Ökumenische Konzil hat eine ihm eigene Struktur und Organisation, die nicht zusammengeworfen werden darf mit der ordentlichen und charakteristischen Funktion der verschiedenen Behörden und Kongregationen, die die Römische Kurie bilden. Diese nimmt auch während des Konzils ihre ordentlichen Zuständigkeiten in der allgemeinen Kirchenverwaltung wahr. Hier besteht ein klarer Unterschied: Etwas anderes ist die ordentliche Regierung der Kirche, etwas anderes das Konzil. Das schließt aber nicht aus, daß von Fall zu Fall kirchliche Persönlichkeiten mit Rücksicht auf ihre anerkannte und geschätzte Sachverständigkeit zu weiser und erleuchteter Mitarbeit eingeladen werden.“

Zweites: „Das Ökumenische Konzil wird konstituiert durch die Gegenwart und Teilnahme der Bischöfe und Prälaten, die die lebendige Repräsentation der weltweiten katholischen Kirche darstellen. Zur Vorbereitung des Konzils wird auch eine Gruppe zuständiger Gelehrter aus allen Ländern und Sprachen einen wertvollen Beitrag leisten. Es ist ein Grundsatz, der inzwischen in das Bewußtsein jedes Gläubigen der Heiligen Römischen Kirche eingegangen ist, daß der Katholik als solcher Bürger der ganzen Welt ist und sich auch wirklich dementsprechend verhalten muß, so wie wir ja auch Jesus als den Erlöser der ganzen Welt anbeten: Salvator mundi. Das ist eine gute Übung wahrer Katholizität, von der sich alle Katholiken Rechenschaft geben und die sie zur Norm ihrer Geisteshaltung und ihres religiösen und sozialen Verhaltens nehmen müssen.“

Der Papst erinnerte an die Ernennung von Kardinälen aus Ländern, denen diese Ehre erstmals zuteil wurde, an die Weihe von etwa zwanzig Bischöfen aus Afrika, Asien und Ozeanien, die er in den letzten Monaten vorgenommen hat, an die steigende Zahl von Besuchern aller Art, die zu ihm kommen, und betonte dann: „Man muß diese neue Furche vertiefen, die immer größere Ausdehnung anzunehmen beginnt, und auf diese Pflege der Katholizität Nachdruck legen. Sie ist eine frohe Verheißung edler und reicher Früchte.“ In diesem Zusammenhang gedachte der Papst wieder einmal in sichtlicher Bewegtheit der getrennten Christen und drückte seine Freude darüber aus, daß auch „zahlreiche Angehörige der getrennten christlichen Gemeinschaften durch einen sanften Zug ihres Herzens bewogen werden, ihn zu besuchen, wie wenn sie ihm ihre stille Freude über eine Begegnung anvertrauen wollten, die der Vorgeschmack von etwas sehr viel Schönerem und Geheimnisvollerem ist, das die göttliche Vorsehung der heiligen Kirche Jesu Christi, des Retters der ganzen Welt, noch vorbehält“.

Mitarbeit am Konzil

Der Papst sprach dann von Möglichkeiten und Formen der Mitarbeit am Konzil. Die erste Aufgabe aller Gläubigen, auch in Hinsicht auf die Verwirklichung der vollkommenen Einheit, besteht darin, daß sie sich mit übernatürlichem Geist erfüllen lassen. Denn das Konzil hat nichts mit einer politischen Verhandlung oder Abmachung zu tun. Es erhält seine Prägung vom übernatürlichen Geist. „Die zwei Begriffe vom menschlichen Leben, vom Menschen als Individuum und als Gemeinschaftswesen, vom Leben des Geistes und vom Leben des Leibes, vom ewigen und vom zeitlichen Leben dürften ohne Schwierigkeit in Einklang gebracht werden können und zu unterscheiden sein, ohne daß man sie scheidet.“ Es ist der Glaube, der die Harmonie herstellt, und ihr dient die Kirche. Wer sich von diesem Glaubensgeist erfüllen lasse und auf der Hut sei, das Heilige nicht mit dem Weltlichen zu vermischen, sondern zwischen dem Sinn der geistlichen Ordnung und den rein menschlichen Werten und Bestrebungen zu unterscheiden, der bereite sich auf das Konzil innerlich vor.

Eine zweite Form der Mitarbeit zu dem Ziel, daß das Konzil zu voller Auswirkung kommen kann, besteht darin, „den Verlauf seiner Entwicklung zu verfolgen in tiefer Durchdringung des Glaubensgutes, des religiösen Bildungsgutes und der geschichtlichen Sachverhalte. Denn von daher gewinnt ein lauterer und ausgeglichener Geist die Norm für ein gerechtes praktisches Urteil und wertvolle Belehrung.“ Das Hochziel, dem jeder Erlöste, jede Gemeinschaft und auch das Konzil dienen muß, ist der Triumph des Herrn. Wenn Christus in uns wächst, indem wir, wie die Schrift sagt, die Wahrheit tun in der Liebe, dann sind wir auf dem Weg des wahren Fortschritts. „Veritatem facientes in caritate...“ — die Worte aus dem Epheserbrief Kap. 4, 15—16 müßten über die Tore des Ökumenischen Konzils geschrieben werden: „Wahrheit und Liebe! Christus, Gipfel und Haupt seines mystischen Leibes, der seine Kirche ist — zusammengefügt und zusammengehalten durch alle seine Gelenke, jedes an seinem Platz, das Ganze im Aufbau und Fortschritt der brüderlichen Liebe und eines heiligen, gesegneten Friedens.“

Nachdem der Heilige Vater alsdann noch über das Fest-

geheimnis des Tages und seine Auswirkungen in der Kirchengeschichte gesprochen hatte, gab er zum Schluß nochmals dem Gedanken Ausdruck, daß die Wiederherstellung der vollen Einheit „eine der kostbarsten Früchte des Zweiten Ökumenischen Vatikanischen Konzils sein wird, zur Ehre des Herrn des Himmels und der Erde und zur allgemeinen Freude über die Verwirklichung des Mysteriums der Gemeinschaft der Heiligen“.

Ernennungen für die Vorbereitenden Kommissionen

In der gleichen Nummer veröffentlichte der „Osservatore Romano“ (6./7. 6. 60) die Namen der Kardinäle, die den Kommissionen präsidieren werden:

Theologische Kommission: Kardinal *Ottaviani*, Sekretär des Heiligen Offiziums

Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Kardinal *Mimmi*, Sekretär der Konsistorialkongregation

Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk: Kardinal *Ciriaci*, Präfekt der Konzilskongregation

Kommission für Ordensleute: Kardinal *Valeri*, Präfekt der Religiösenkongregation

Kommission für die Verwaltung der Sakramente: Kardinal *Aloisi Masella*, Präfekt der Sakramentenkongregation

Kommission für die Liturgie: Kardinal Gaetano *Cicognani*, Präfekt der Ritenkongregation

Kommission für Studien und Seminare: Kardinal *Pizzardo*, Präfekt der Studienkongregation

Kommission für die Orientalischen Kirchen: Kardinal Amleto *Cicognani*, Sekretär der Kongregation für die Orientalischen Kirchen

Kommission für die Missionen: Kardinal *Agagianian*, Präfekt der Propaganda Fide

Kommission für das Laienapostolat: Kardinal *Cento*
Sekretariat für die Wiedervereinigung der Christen: Kardinal *Bea*

Später wurden ernannt:

Msgr. *Felici* zum Generalsekretär der Zentralkommission mit dem Rang des Sekretärs einer Päpstlichen Kongregation („Osservatore Romano“, 8. 6. 60).

Kardinal *Di Jorio* zum Direktor des Verwaltungssekretariats für die Vorbereitung des Konzils

Msgr. *O'Connor*, Erzbischof von Laodizea, Vorsitzender der Päpstlichen Kommission für Film und Funk, Rektor des nordamerikanischen Kollegs in Rom, zum Direktor des Sekretariates für die publizistischen Angelegenheiten

P. *Tromp* SJ, Professor an der Gregorianischen Universität, zum Sekretär der Theologischen Kommission (alle laut „Osservatore Romano“, 20./21. 6. 60).

P. *Bidagor* SJ, Professor an der Gregorianischen Universität, zum Sekretär der Kommission für die Verwaltung der Sakramente

Msgr. *Guerra* zum Sekretär des Verwaltungssekretariates (beide laut „Osservatore Romano“, 23. 6. 60).

Msgr. *Gawlina*, Erzbischof von Madito, Rektor des polnischen Kollegs in Rom, zum Sekretär der Kommission für die Bischöfe

Msgr. *Mathew*, Erzbischof von Apamea, Britischer Militärvikar (früher Apostolischer Delegat für Britisch-Afrika), zum Sekretär der Kommission für die Missionen

Msgr. *Glorieux*, Geistlicher Beirat des ständigen Komitees der Internationalen Kongresse für das Laienapostolat, römischer Chefkorrespondent von „La Croix“, zum Sekretär der Kommission für das Laienapostolat

Msgr. *Willebrands*, Beauftragter des niederländischen Episkopates für ökumenische Fragen, zum Sekretär des Sekretariates für die Wiedervereinigung der Christen

Msgr. *Deskur*, Untersekretär der Päpstlichen Kommission für Film und Funk, zum Sekretär des Sekretariates für publizistische Angelegenheiten (alle laut „Osservatore Romano“, 29. 6. 60).

P. *Berutti* OP, Generalassistent des Dominikanerordens und Professor am Angelicum, zum Sekretär der Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk

P. *Rousseau* OMI, bisher Generalprokurator der Kongregation der Oblaten v. d. Unbefl. Empfängnis Mariens, zum Sekretär der Kommission für die Ordensleute (beide laut „Osservatore Romano“, 4./5. 7. 60).

P. *Mayer* OSB zum Sekretär der Kommission für die Studien und Seminare („Osservatore Romano“, 6. 7. 60).

P. *Welykyi* OSBasil zum Sekretär der Kommission für die Orientalischen Kirchen („Osservatore Romano“, 9. 7. 60).

Die Zentralkommission

Zu Mitgliedern der Zentralkommission ernannte der Papst nach Meldung des „Osservatore Romano“ (16. 6. 60) die Kardinäle Tisserant (Rom), van Roey (Mecheln), Gonçalves Cerejeira (Lissabon), Liénart (Lille), Tappouni (Syrischer Patriarch von Antiochien), McGuigan (Toronto), Gilroy (Sydney), Spellman (New York), de Gouveia (Lourenço Marques, Moçambique), de Barros Camara (Rio de Janeiro), Pla y Deniel (Toledo), Arteaga y Betancourt (Havanna), Frings (Köln), Caggiano (Buenos Aires), Tien-Chen-sin (Peking), de la Torre (Quito, Ecuador), Siri (Genua), D'Alton (Armagh), McIntyre (Los Angeles), Wyszynski (Warschau), Léger (Montréal), Gracias (Bombay), Wendel (München), Garibi y Rivera (Guadalajara, Mexiko), Barbieri (Montevideo), Godfrey (Westminster), König (Wien), Muench (Rom), Tatsuo Doi (Tokio), Alfrink (Utrecht), Santos (Manila), Rugambwa (Rutabo, Ostafrika), Jullien (Rom), Larraona (Rom) und Heard (Rom). Außerdem gehören der Zentralkommission auf Grund des Motu proprio diejenigen Kurienkardinäle an, die einer der besonderen Kommissionen oder Sekretariate präsidieren.

Ferner wurden zu Mitgliedern der Zentralkommission berufen: Stefan I. Sidarouss, Koptischer Patriarch von Alexandrien, Maximos IV. Saigh, Melchitischer Patriarch von Antiochien, und Paul II. Cheikho, Chaldäischer Patriarch von Babylon, sowie die Erzbischöfe Chacón (Mérida, Venezuela), Beras (San Domingo), Ujcic (Belgrad), Finbar Ryan (Port of Spain, Trinidad), Chávez González (San Salvador), Silva Santiago (Concepcion, Chile), Mena Porta (Asunción, Paraguay), Grösz (Karlova), Antezana y Rojas (La Paz, Bolivien), Campbell (Glasgow), Cooray (Colombo, Ceylon), McKeefry (Wellington, Neuseeland), Lefebvre (Dakar, Westafrika), Alter (Cincinnati), Graner (Dacca, Pakistan), Hurley (Durban, Südafrika), Landázuri Ricketts (Lima, Perú), Bernier (Gaspé, Kanada), Perrin (Karthago), Concha Cordoba (Bogotá, Kolumbien), Bazin (Rangoon, Birma), Poirier (Port-au-Prince, Haiti), Bernard (Brazzaville, Äquatorialafrika), Rakotomamala (Tananarive, Madagaskar), Yago (Abidjan, Elfenbeinküste), sodann die Bischöfe Verwimp (Kisantu, Kongo), Suhr (Kopenhagen), Jelmini (Lugano), Ngô-dinh-Thuc (Vinh-Long, Indochina), Schamarch (Raubul, Neu-Guinea), Soegijapranata (Semarang, Indonesien), Quinlan (Chunchon, Korea).

Aus dem Kreis der Orden wurden in die Zentralkommission berufen: der Abtprimas der Benediktiner, Benno Gut, der Generalminister der Franziskaner, August Sépinski, und der General der Jesuiten, Johannes Jansens.

Nachträglich wurden zu Mitgliedern der Zentralkommission ernannt: Kardinal Copello (Rom) und der Generalmagister der Dominikaner, Michael Browne (beide laut „Osservatore Romano“, 6. 7. 60).

Die Repräsentation der Gesamtkirche

Nach dem Kommentar des „Osservatore Romano“ (16. 6. 60) hat sich der Papst bei der Zusammensetzung der Zentralkommission, die nach seinen Worten bei der Konzilsvorbereitung nicht nur eine formale Aufgabe erfüllt, sondern die entscheidende Rolle spielt, von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die gesamte Kirche in ihr repräsentiert werden solle. Deshalb wurden alle Vorsitzenden der regionalen Bischofskonferenzen, soweit solche als ständige Einrichtungen existieren, zu Mitgliedern berufen, unter ihnen die Vorsitzenden der deutschen, der bayerischen, der österreichischen und der schweizerischen Bischofskonferenz. Aber auch die Gegenden der Welt, in denen die Zusammenarbeit der Oberhirten noch nicht diese institutionelle Form gefunden hat, wurden berücksichtigt. Kein größerer Bezirk der Welt ist ohne Vertretung geblieben. Die Missionsländer sind sorgsam beachtet worden. Auch die Berufung der Patriarchen des Ostens und der Ordensoberen bringt das Prinzip der Repräsentation aller Jurisdiktionsbereiche zum Ausdruck. Der Heilige Vater hat davon gesprochen, daß heutzutage jeder Katholik als solcher Weltbürger sein müsse. Daß dieses Bewußtsein tatsächlich lebendig ist, wird durch die erfreuliche Tatsache bewiesen, daß nirgendwo in den Spalten der Presse nationale Rivalitäten sichtbar geworden oder nach dem Proporzsystem Erwägungen über die Vertretung der einzelnen Nationen angestellt worden sind. Die Zeiten solcher Rivalitäten, bei denen nationale Gesichtspunkte in kirchlichen Dingen eine ungebührliche Rolle spielten, scheinen vorbei zu sein.

Heute, und wahrscheinlich erst recht in der Zukunft, spielen soziologische Momente eine größere Rolle als die nationalen. Ihnen kann sich auch die Kirche nicht verschließen, da sie sich ja als Gesellschaft versteht. Das Prinzip der vertikalen Repräsentation der Gesamtkirche kommt in den bisherigen Ernennungen nicht ebenso deutlich zum Ausdruck wie das der territorialen. Man sollte jedoch bedenken, daß der Personenkreis der Mitarbeiter der Kommissionen begrenzt werden muß, um sie arbeitsfähig zu machen. Doch hat man in Frankreich (vgl. „Témoignage Chrétien“, 17. 6. 60) und sicherlich auch anderwärts eine Frage erörtert, die in diesen Bereich gehört und die sich aus der Tatsache ergibt, daß in der Spitze der Kommissionen eine viel engere Verbindung zwischen den Römischen Kongregationen und der Konzilsvorbereitung sichtbar wird, als sie nach den Worten des Papstes in der Pfingstansprache zu erwarten war, zumal der Papst die Vermehrung des Kardinalskollegiums auch im Hinblick auf die Konzilsvorbereitung vorgenommen hat. Auch die Übereinstimmung der Aufgabenbereiche der einzelnen Kommissionen mit denen der entsprechenden Kurialbehörden verstärkt diesen Eindruck. Dadurch sind vielleicht gewisse Ressentiments, besonders bei den getrennten Christen, gefördert worden. Yves

Congar OP schreibt in der genannten Nummer von „Témoignage Chrétien“ in Beantwortung von Leserbriefen: „Aus meinem Kontakt mit Nichtkatholiken, mit Nichtgläubigen und mit Katholiken, die wirklich mit beiden Füßen in der Welt stehen, frage ich mich, ob man sich in Rom immer genügend Rechenschaft gibt von den ernsthaften Motiven der Unzufriedenheit oder Kritik, die man in bezug auf Rom äußert.“ Wenn das Konzil die Einheit anstrebt und dieses Streben sich nicht in edelmütigen Gefühlen erschöpfen soll, dann muß man sich sorgfältig davor hüten, Hindernisse zu setzen. „Nun ist eines unter den bestehenden Hindernissen das, was ich schon mehrmals als Mißtrauen gegen Rom, als ‚antirömischen Komplex‘ bezeichnet habe. Was hat man in Rom getan, um dieses Hindernis wegzuräumen? Hat man es wirklich erwogen, studiert, ernst genommen?“ Mit dieser Frage wird sich, wie Congar meint, das Sekretariat des Kardinals Bea, dessen Ernennung zu diesem Amt er warm begrüßt, befassen müssen.

Congar sucht dann den Befürchtungen ihre Spitze zu nehmen, indem er zeigt, daß nach der Verfassung der Kirche das ordentliche und das außerordentliche Lehramt einander korrespondieren und aufeinander zugehen, was selbstverständlich Spannung und Ausgleich besagt. Das Konzil ist die höchste Verkörperung des außerordentlichen Lehramtes, die Römische Kurie repräsentiert das ordentliche Lehramt, jenes ist sozusagen die Stimme der Kirche, dieses die Stimme des Apostolischen Stuhles. Aber beide klingen zusammen und werden zusammengehalten durch die Person des Papstes. Seines Amtes ist es, über den Kontakt der beiden Pole zu wachen und die von beiden Seiten kommenden Einflüsse zu regulieren. Wie man verstehen muß, daß der Papst sich bei der Vorbereitung des Konzils zunächst seiner engsten Mitarbeiter bedient, so hat er doch andererseits oft und deutlich genug gesagt, daß in der gegenwärtigen Etappe der Vorbereitung die ganze Kirche zu Wort kommen und Gehör finden wird.

Soziologisch betrachtet, wird die ganze Kirche nur dann voll repräsentiert, wenn außer der Kurie und dem Episkopat auch der Klerus, insbesondere die theologische Wissenschaft, und die Laien sich aktiv an der Vorbereitung des Konzils beteiligen können. Was die Laien betrifft, hat der Korrespondent von „La Croix“ die Bemerkung des Heiligen Vaters in seiner Pfingstansprache, daß zuständige Gelehrte zur Mitarbeit berufen werden sollen, dahin gedeutet, daß die Möglichkeit zur Berufung von Laien durchaus nicht ausgeschlossen sei. Die hierarchische Struktur der Kirche weist natürlich den Repräsentanten aller kirchlichen Stände ihren eigenen Status zu. Beschließende Stimme haben nur die Mitglieder der Hierarchie. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das auch schon bei der Besetzung der Kommissionen zum Ausdruck kommt, wengleich die Kommissionen keine definitiven Beschlüsse fassen können. Die Theologen, Geistlichen und Laien können aber als Berater tätig werden, und es besteht nicht der geringste Grund, zu befürchten, daß ihre Gutachten nicht entsprechend ihrem Gewicht gewürdigt werden. Je mehr man in Rom diese Selbstverständlichkeit auch sichtbar zum Ausdruck bringt, um so mehr werden die Hindernisse abgebaut, von denen Yves Congar gesprochen hat. Er hat hinzugefügt, daß das kommende Konzil mit einem großen Kapital von Vertrauen ans Werk gehen kann. Dieses Vertrauen schließt die Hoffnung ein, daß die Römische Kurie das Mißtrauen gegen den „extremen Zentralismus“ entkräften wird.

Über die Themen des Konzils hat sich der Heilige Vater bisher nur allgemein und andeutungsweise geäußert, so daß die öffentliche Meinung noch etwas im Dunkeln tappt. Man erwartet aber, auch in Rom, daß der Papst sich über die Ergebnisse der Vorarbeiten, möglicherweise in einer Enzyklika, in naher Zukunft äußern wird.

Die römische Synode und das Konzil

Man geht indes wohl nicht fehl, in den Statuten der Römischen Diözesansynode, die am Vorabend des Festes der heiligen Petrus und Paulus promulgiert wurden und am 1. November 1960 in Kraft treten, ein Vorbild für die Marschroute zu erblicken, die man bei der Vorbereitung des Konzils in Rom einzuschlagen gedenkt, vor allem in bezug auf die disziplinären Verhandlungsthemen. Denn so müssen wohl die Worte verstanden werden, mit denen Papst Johannes XXIII. bei der Promulgation in St. Peter einen Zusammenhang zwischen der Synode und dem Konzil konstatierte. Der Papst sagte: „Die Feier der 1. Römischen Synode war sicher eine schöne Veranstaltung. Der Herr segne alle, die zu ihrem Erfolg beigetragen haben. Die Durchführung der Synodalkonstitutionen verpflichtet alle und jeden einzelnen, die dem römischen Klerus angehören. Sie will eine Hinführung (*avviamento*) sein zu der Feier, die von erheblich größerer Bedeutung für die Gesamtkirche sein wird, nämlich zum Zweiten Vatikanischen Konzil, das mit Sorge und Zittern (*trepidazione ansiosa*) erwartet wird von so vielen aufrichtigen Herzen, die den Triumph des Friedensreiches Christi in der Welt herbeisehnen.“ Der Papst bediente sich zur Kennzeichnung der Statuten derselben Formulierung, die er wiederholt auch schon gebraucht hat, um die Zielsetzung des Konzils zu umschreiben: „*lex credendi — lex supplicandi — lex agendi*“. Er unterstrich den Modellcharakter der römischen Synodalbeschlüsse noch dadurch, daß er die römischen Kleriker und Laien ermahnte, sich durch die Ausführung der Konstitution der großen Würde eingedenk zu zeigen, die Rom wegen der Tradition der Apostelfürsten zugefallen ist (vgl. „*Osservatore Romano*“, 1. 7. 60).

Wieder gab der Heilige Vater zu erkennen, daß er das Konzil als eine Sache der Gesamtkirche betrachtet, die auch die Priester und Laien angeht, wiewohl nur die Hierarchie zur Entscheidung berufen ist und das Schwergewicht der Vorbereitung von den Geistlichen der römischen Kurie einschließlich der eng mit ihr verbundenen übrigen römischen Institutionen getragen wird. Aber der Glaube an die aktive Universalität der Kirche und das Vertrauen zu dem guten Willen Roms und vor allem des Papstes legen allen, die mit der Kirche leben und fühlen, die Pflicht auf, die Vorarbeiten des Konzils auch in der Weise zu begleiten und zu fördern, daß sie ihren Gedanken, Sorgen und Wünschen offen Ausdruck geben. Und es ist die Pflicht der katholischen Presse, sich zum Organ dafür zu machen. Die letzten Päpste haben so eindringlich kundgetan, wieviel ihnen an der öffentlichen Meinung innerhalb der Kirche gelegen ist. Nun, wenn es eine Angelegenheit gibt, die wichtig genug ist, daß alle sich mit ihr beschäftigen, die dafür irgendwie berufen sind, dann das Konzil, durch das die Entwicklung des kirchlichen Lebens für lange Zeit entscheidend bestimmt werden soll.

Es ist deshalb des Bedenkens wert, was Madeleine Garigou-Lagrange in „*Témoignage Chrétien*“ (1. 7. 60) zu

der Frage: „*Qu'attendez-vous du Concile*“ zu sagen hat. Das Konzil, so schreibt sie, ist Ausdruck der Gesamtkirche, und deshalb geht es jeden von uns an. Seine Ankündigung hat allen Gläubigen zu Bewußtsein gebracht, daß die Probleme der Kirche ihre eigenen sind. Gewiß sind die Bischöfe nicht Mandatäre ihrer Untergebenen. Dennoch verkörpern sie in ihrer Gesamtheit die katholische Welt, und zwar in dem Maß, als sie um die aktuellen Bedürfnisse dieses großen lebendigen Leibes wissen, für die sie dann befriedigende Lösungen suchen können. So fällt in diesem Zeitraum der Vorbereitung den Gläubigen die Rolle zu, auszusprechen, was Erfahrung und Nachdenken sie entdecken ließen. Aufgabe der Hirten und Theologen ist es, die Gedanken zu ordnen und so dem Konzil eine realistische und universale Grundlage zu schaffen.

Diese Einsicht ist noch wenig durchgedrungen. Viele sagen: die Vorbereitung des Konzils ist die Sache Roms, und fühlen sich darin bestärkt durch die personellen Entscheidungen. Andere sagen: Es ist Sache der Theologen und der Bischöfe. Man würde den Erfolg vielleicht beeinträchtigen und seine Kompetenz überschreiten, wenn man sich äußerte. Es genügt zu beten.

Doch wenn das Konzil eine Sache der ganzen Kirche ist, dann besitzen die Meinungen der Gläubigen mindestens den Wert von Tests. „Gewiß ist die Kirche kein Markt- platz, wo man alle Meinungen durcheinanderwirft und alle Systeme probeweise einführt. Es ist gut, daß die Dinge in der Stille und Überlegung reifen. Aber es ist schlecht, wenn sie in einem Klima der Furcht oder des Mißtrauens vertrocknen. Wenn der Leib der Kirche immer mehr wächst und ihr Antlitz immer mehr neue Züge zeigt, ist es normal und unvermeidlich, daß ihre Führung immer größere Klugheit aufwendet, um für die Gesundheit und Harmonie des Ganzen zu sorgen. Wenn aber diese Weisheit nicht ergänzt wird durch den Einfallsreichtum und die geistige Regsamkeit der Glieder, dann droht die Sklerose.“ Im Leben der Kirche bietet ein Konzil die seltene Gelegenheit, Fragen zu diskutieren, ehe die Entscheidungen fallen. „Durch die Ankündigung des Konzils hat der Papst alle Katholiken vor ihre Verantwortung als Söhne der Kirche gestellt. Es hängt von uns ab, die Haltung von Söhnen zu zeigen, die gehorsam sind, aber nicht furchtsam, kühn, aber nicht verwegen.“

Bisher, so meint die Verfasserin, sind die Stimmen gerade aus den Kreisen der kirchlich aktiven und in den kirchlichen Bewegungen tätigen Laien spärlich, teils weil sie Angst haben, den Mund aufzutun, teils weil ihnen wegen ihres engen und spezialisierten Horizontes ihre Rolle im Hinblick auf das Konzil noch gar nicht bewußt geworden ist. In Wahrheit aber ist eine sprechende Teilnahme an dem Konzilsanliegen sowohl ein Beweis der Vitalität des kirchlichen Sinnes als auch eine wertvolle Quelle von Material und Tests für die Mitglieder und amtlichen Berater des Konzils.

Aus Süd- und Westeuropa

Salazar zum Fall des Bischofs von Porto Der italienische Journalist Indro Montanelli hat Ende März 1960 im Mailänder „*Corriere della Sera*“ eine Artikelserie unter dem Titel „*Porträt Salazars*“ veröffentlicht. Montanelli erwies sich darin — bei allen Abstrichen, die er machte

— als ein ausgesprochener Bewunderer Salazars und seines Regimes. Die Artikel wurden denn auch von den regimetreuen portugiesischen Zeitungen nahezu wörtlich übernommen.

Im Juni 1960 (Nummern 22 bis 24) erschien die gleiche Artikelserie — mit geringfügigen, wenn auch aufschlußreichen Änderungen — in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“. Auch diese Tatsache wurde von der Zeitung der „Nationalen Union“, „Diário da Manhã“, in einer Tagesglosse gemeldet.

Wir könnten diese Beiträge bei aller Korrekturbedürftigkeit auf sich beruhen lassen (vgl. unsere Darstellung der Verhältnisse in Portugal, Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 304 ff. und S. 344 ff.), wenn darin nicht auch einige Unwahrheiten enthalten wären, die den Fall des Bischofs von Porto betreffen. Die Beiträge des italienischen Journalisten haben einen gewissermaßen offiziellen Charakter, weil Montanelli nicht nur mehrere Unterredungen mit Salazar hatte, sondern von ihm sogar ein schriftliches Promemoria ausgehändigt erhielt.

Der portugiesische Antiklerikalismus

In dieser Niederschrift Salazars heißt es: „Unser System besteht aus einer rigorosen Trennung zwischen Staat und Kirche, und man muß zugeben, daß dies nicht ohne Risiko ist in einer Zeit, in der gewisse geistliche Herren die Tendenz haben, sich in politische Fragen zu mischen, und in der gewisse religiöse Institute zum Nährboden für politische Doktrinen werden.“ Mündlich fügte Salazar hinzu: „Es sind da viele junge Priester, die in Rom studiert haben und die, wenn sie zurückkehren, die größte Lust hegen, sich in die Politik zu mischen. Sie verzeihen es mir nicht, daß ich sie von dieser Versuchung fernhalte, und verstehen nicht, daß ich es im Grunde ihrwillen tue. Portugal ist überzeugt katholisch, aber ebenso überzeugt antiklerikal und würde ihnen niemals diese Einmischung vergeben. Sie besitzen keinen Sinn für den Staat; sie würden ihn ruinieren, wenn sie sich seiner bemächtigten, und würden in die unvermeidliche Katastrophe die Kirche mit hineinziehen. Aber solange ich hier bin, wird das nicht geschehen.“

Unwahrheiten über Bischof Ferreira Gomes

Montanelli schreibt selbst, daß sich dies deutlich auf den Bischof von Porto bezog. Dessen Eintreten für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter und für die politischen Freiheiten im Land (vgl. a. a. O. S. 347 f.) bringt Montanelli dann aber in einen völlig unsachlichen Zusammenhang mit der Opposition gegen Salazar im Wahlkampf von 1958. Im deutschen Text heißt es dann: „Die Antwort Salazars war diskret, aber energisch.“ Der italienische Text (der deutsche ist an dieser Stelle wesentlich verkürzt) fährt fort: „Einige Wochen später schnürte Herr Ferreira Gomes seine Bündel und ging, um den Lehrstuhl für ich weiß nicht was im spanischen Seminar von Valencia zu übernehmen. Als ihn der Primas nach den Gründen dafür fragte, antwortete er, er habe diesen Schritt gewählt, weil Salazar sich weigere, ihn zu empfangen. Das stimmte aber nicht.“

Diese offensichtlich von Salazar ausgegebene Version, die den Bischof von Porto auch noch der Lüge bezichtigt, entspricht nicht im geringsten den Tatsachen. Bischof Ferreira Gomes wurde zu seiner Stellungnahme von der Be-

völkerung gedrängt und von Funktionären des Regimes provoziert. Die Veröffentlichung des an Salazar gerichteten Briefes erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Regierungschef selbst, um die Vorgänge zu einem „Fall“ aufzubauchen und mit totalitären Methoden zu „lösen“. Wir haben schon vor einigen Monaten mit allen Einzelheiten geschildert, wie dem aus anderen Gründen im Ausland weilenden Bischof am 18. Oktober 1959 die Einreise verweigert wurde (vgl. ds. Jhg., S. 250 f.). Den Wohnsitz in Valencia hat er erst mehrere Wochen später übernommen, weil er das Klima in Santiago de Compostela nicht vertrug. Die Angabe „einige Wochen später“ bedeutet in Wirklichkeit genau 16 Monate: so viel Zeit liegt zwischen der Veröffentlichung des fraglichen Briefes und dem erzwungenen Exil von Valencia. Bischof Ferreira Gomes hat nie einen Lehrstuhl übernommen und nirgends in Spanien eine Lehrtätigkeit ausgeübt. Die angebliche Frage des Primas und die angebliche Antwort des Bischofs sind eine böswilige Erfindung, um die öffentliche Meinung irrezuführen.

In dem italienischen Text heißt es bei diesem Abschnitt über die Auslassungen Salazars: „Es war das einzige Mal bei all unseren Unterhaltungen, daß ich Salazar als Diktator erkannte.“ Der deutsche Text lautet: „Es war das einzige Mal in unserem langen Gespräch, daß Salazar den Diktator hervorkehrte . . . Auf dem Gebiet des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche war er von absoluter Unbeugsamkeit.“

Die laizistische Aktion in Frankreich

Während die französische Politik vor der Lösung wichtiger Fragen des Landes, besonders der Algerienfrage, der seit Jahren klaffenden Wunde des nationalen Lebens, steht, mutet es wie ein Anachronismus an, daß, von gewissen Interessenten und Ideologen geschürt, der Schulkrieg weitergeführt wird. Die Laizisten stellen die von ihnen aufgezugene Petitionskampagne (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 401) gegen das neue Schulgesetz (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 205) als großen Erfolg heraus. Nach ihren Angaben sollen sich 10 813 697 Wahlberechtigte in die Petitionslisten eingetragen haben. Die Zahl mag korrekt wiedergegeben sein. Ihre Höhe erklärt sich aus der einfachen Tatsache, daß bei der Eintragung in die Petitionslisten keinerlei Personalkontrolle ausgeübt wurde. Jeder Interessent konnte sich bei laizistischen eingestellten Tabak- und Zeitungshändlern oder auf der Straße so oft eintragen, wie er wollte. Die Zahlen, nicht die Namen, wurden säuberlich addiert. Ein Redakteur der katholischen Zeitung „La Croix“ machte die Probe aufs Exempel und trug sich gleich 34mal ein, bis er keinen Spaß mehr an dem endlos fortzusetzenden Spiel fand. Die Lehrgewerkschaft und die Kommunistische Partei, Hauptträger der Petitionskampagne, mit ihren straff organisierten Kadern und — bei den Kommunisten — mit einem noch in etwa gehorsamen Wählerstamm gaben natürlich keine Statistik darüber heraus, wie oft sie ihr Leute zum Einschreiben trieben.

Großversammlung der Laizisten

Die politische Auswertung des Petitionsmanövers blieb einer auf den 19. Juni nach Paris einberufenen Großversammlung der laizistischen Aktionskomitees (CNAL) vorbehalten. Etwa 20 000 Personen waren dazu aus der

Metropole und der Provinz mobilisiert worden. Das Massenaufgebot der unkontrollierten Unterschriften und der Manifestanten sollte zunächst die Abgeordneten einschüchtern, die ja alle ihre Wiederwahl anstreben. Doch handelt es sich hier nur um einen verspäteten Racheakt der Laizisten gegen die Parlamentsmehrheit für das neue Schulgesetz; denn bei der jetzigen Struktur des französischen Parlamentarismus dürfte unter einem solchen Druck kaum eine Initiative und sicher keine erfolgreiche Initiative zu einer Außerkraftsetzung des Schulgesetzes entstehen. Deshalb verfolgte die politische Regie der Laizisten ein anderes Nahziel: der Durchführung des Gesetzes darf kein Erfolg beschieden sein, damit sich die Franzosen nicht an den Frieden, den ein pluralistisches Schulsystem wie in andern Ländern bringen kann, gewöhnen. Und so beschwor Denis Forestier, Vorstandsmitglied der nationalen Lehrgewerkschaft und Geschäftsführer der laizistischen Aktionskomitees, alle aufrechten Laizisten auf der Großkundgebung, jede Arbeit in den vom Schulgesetz vorgesehenen Eingliederungs- und Schiedskomitees zu sabotieren. Im gesellschaftspolitischen Kräftespiel soll das ganze Manöver eine stimmungsmäßige Aufwertung der abgewirtschafteten Linksparteien, hauptsächlich der Sozialisten und Radikalsozialisten, bringen, während sich die Kommunisten taktisch klug im Hintergrund halten. In ideologisch-propagandistischer Gemeinsamkeit mit anderen sozialistischen Parteien in Europa bezeichnen sich diese Kreise als die allein authentischen „Demokraten“. Denis Forestier verstieg sich in seiner Rede sogar dazu, seine Versammlung vom 19. Juni 1960 mit dem Aufruf de Gaulles zum Widerstand vom 18. Juni 1940 zu vergleichen und alle echten „Demokraten“ zur „résistance laïque“ aufzurufen.

Auch die laizistischen Ersatzriten durften nicht fehlen. Ein Künstler der Opera sang eine „Hymne an die Laizistenschule“. Sodann wurde von der Versammlung der feierliche Eid geleistet, „bei allen Gelegenheiten allerorts ihren unverbrüchlichen Widerstand gegen das Hilfsgesetz für die Freie Schule, das der historischen Entwicklung der Nation zuwiderlaufe, zu manifestieren“.

Die demokratische Legitimation

Die Funktionsgesetze einer zeitgemäßen Demokratie bestehen darin, die Grundintentionen des Volkes in Freiheit zum Ausdruck zu bringen und im Rahmen der Verfassung zu verwirklichen sowie durch legal verabschiedete, rechtskräftige Gesetze das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen zu ermöglichen. Die Petitionskampagne war nun ihrer ganzen Anlage nach wirklich keine Sichtbarmachung der Grundintention des Volkes in der Schulfrage durch echte Demokraten, sondern ein fast „volksdemokratisch“ verfälschtes Referendum ohne Wahlzelle. Eine legale Grundlage, ein ordnungsgemäß verabschiedetes Gesetz durch Volksentscheid außer Kraft zu setzen, gibt es nach der Verfassung der Fünften Republik nicht, so daß die ganze Aktion nach Auffassung rechtsstaatlich denkender Kreise einen illegalen Akzent erhält.

Mit genau derselben oder vielleicht noch einer sachorientierteren Berechtigung, die Grundtendenzen des Volkes sichtbar zu machen, kann hier eine demoskopische Umfrage angeführt werden, die ohne Leidenschaftlichkeit und mit weniger gewollten Fehlerquellen das Wollen des Volkes in der Schulfrage sichtbar werden läßt. Sie wurde

vom neutralen „Institut Français d'opinion publique“ durchgeführt. Die Frage lautete: „Würden Sie Ihre schulpflichtigen Kinder katholischen Schulen mit Priestern und Ordensfrauen an der Spitze anvertrauen, wenn der Unterricht kostenlos wäre?“ Die Antworten schlüsseln sich nach Prozenten folgendermaßen auf:

	Ja	Nein	Unentschieden
Männer	38	52	10
Frauen	48	42	10
Männer und Frauen zusammen	43	47	10

Dieses Ergebnis beweist, daß eine sehr starke Minorität, die in einer Demokratie eine Berechtigung auf die Erfüllung ihrer Anliegen hat, die finanzgesicherte freie Schule will, womit ein pluralistisches Schulsystem auch entsprechend der gesellschaftspolitischen Kräfteteilung legitimiert wäre.

Der Fanatismus und die Skrupellosigkeit im Einsatz der Kampfmittel gegen ein ordentliches Gesetz und gegen die freie Schule vor allem bei den französischen Lehrern, die ja in einem ganz anderen Verhältnis zur Geschichte ihres Landes stehen als entsprechende Schichten in anderen Ländern, läßt sich weitgehend aus der historischen Furcht erklären, daß bei Positionsgewinnen der katholischen Schule ein Trend entsteht, der wieder wie in alten Zeiten zu geistlicher Schulaufsicht, Klerikalismus und ähnlichen Dingen führen könnte. Dadurch hat die Kirche Frankreichs in der Vergangenheit starke Verluste gerade unter der Lehrerschaft erlitten. Auf Grund dieser historisch bedingten Ressentiments, die jedoch die Kirche Frankreichs schon längst zu einer Gewissenserforschung, einer Rückbesinnung auf das Wesen der Kirche und zu einer Änderung der Methoden geführt hat, findet die aggressive Ideologie des Laizismus heute noch so viele Anhänger.

Aus Amerika

Priesterhilfe für Lateinamerika Schon länger wirken in der Seelsorge Lateinamerikas fünf kanadische Bischöfe und in 300 Niederlassungen rund 1000 kanadische Priester und Ordensschwester aus 50 religiösen Gemeinschaften. Im November 1959 trafen sich Bischöfe Kanadas, der USA und Lateinamerikas in Washington zu einer Tagung, auf der weitere Seelsorgshilfe für den priesterarmen Kontinent besprochen wurde. Als Frucht dieser Tagung veröffentlichte der kanadische Episkopat am 13. Januar 1960 einen gemeinsamen Hirtenbrief, der die ganze katholische Nation Kanadas zum Einsatz für Lateinamerika aufruft. „Der Ruf Lateinamerikas wird zwar nach unserer Überzeugung von uns derartige Opfer und eine solche Begeisterung fordern, wie sie die Kirche in Dienst des eigenen Landes nie verlangt hätte... Aber die Lage ist so, daß ohne eine unmittelbare brüderliche Hilfe aus Nordamerika unsere ehrwürdigen Brüder die Herde Christi nicht mehr zusammenhalten könnten...“ Die kanadischen Bischöfe rufen zu einer großen Gebetskampagne auf und veröffentlichen dafür ein eigenes Fürbittgebet. Sie appellieren an alle Priester, sich ohne Verzicht auf ihre heimatliche Inkardination auf eine gewisse Zeit für die Seelsorge in Lateinamerika zur Verfügung zu stellen. Ausnahmslos alle Ordensgemeinschaften werden aufgefordert, in Lateinamerika Kliniken und Schulen zu gründen. An die Laien ergeht der Ruf, als Lehrer, Sozialhelfer oder Krankenschwester Dienst zu tun. Umgekehrt werden die kanadischen katholischen

Schulen und Universitäten in Zukunft lateinamerikanische Studenten aufnehmen, die von ihren Bischöfen dafür vorgeschlagen werden. Für die Koordination aller dieser Einsätze wird eine eigene kanadische Bischofskommission und in Ottawa ein „Katholisches Amt für Lateinamerika“ gegründet.

In *Spanien* wurde am 14. Februar 1960 wiederum der „Tag der Berufungen für Hispanoamerika“ begangen. Der Vorsitzende der dafür zuständigen Bischofskommission, Erzbischof Casimiro Morcillo González von Zaragoza, erließ dazu ein Hirtenwort, in dem es heißt: „Hispanoamerika ist die Hoffnung, aber auch der Alpdruck der Kirche.“ Nach Südamerika Priester zu schicken, sei gleichbedeutend damit, ein Drittel der Weltbevölkerung dem Glauben zu erhalten und dort den christlichen Geist hochzuhalten, bis sie selbst aus eigenen Kräften weiterkommen. Die bisherige Zahl von 350 spanischen Priestern in Lateinamerika soll in den kommenden Jahren erheblich vermehrt werden. Das „Werk für Hispanoamerikanische Priesterhilfe“ besitzt ein eigenes theologisches Seminar in Madrid, das aus Platzmangel bisher nur 80 Studenten aufnehmen konnte, aber beträchtlich erweitert werden wird. Außerdem bestehen das Studienkolleg von San Vicente (Salamanca) für lateinamerikanische Alumnus und das Studienkolleg „Pius X.“ in Rom. In Zaragoza besteht eine Schwesternkongregation „Unserer Lieben Frau del Pilar“ ausschließlich für den caritativen und schulischen Einsatz in Lateinamerika. Ebenfalls in Zaragoza wurde im Jahr 1959 ein „Laienwerk für Apostolische Zusammenarbeit mit Hispanoamerika“ mit einem eigenen Ausbildungszentrum gegründet.

Kommunistische Gefahr in Kuba. Ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Santiago de Cuba

Daß die Revolution von Fidel Castro, bewußt oder unbewußt, zur Schrittmacherin des Kommunismus in Kuba und damit zu einer unmittelbaren Bedrohung der Sicherheit von Nord- und Südamerika werden könnte, ist nicht nur die Sorge weit entfernter Beobachter. Ein durchaus unverdächtigter Zeuge, der Erzbischof von Santiago de Cuba, Enrique Pérez Serantes, hat in seinem vielbeachteten Hirtenbrief vom 22. Mai „Für Gott und Kuba“ ausdrücklich vor der sehr konkreten Gefahr des Kommunismus gewarnt. Das ist um so bedeutsamer, als der Erzbischof im Jahre 1953 dem damaligen Rebellenführer Fidel Castro Asyl gewährt und auch sonst seine Sympathien für die revolutionäre Bewegung, die ja in der Provinz Oriente und ihrer Hauptstadt Santiago ihren Ausgang genommen hat, öfter bekundet hatte. Der Hirtenbrief hat folgenden Wortlaut (nach *Documentation Catholique*, 19. 6. 60):

Hirtenpflicht. Getreu unserer heiligen Pflicht, über die Bedürfnisse und die Verteidigung der Herde zu wachen, die uns das Haupt der Christenheit, der Statthalter Christi, anvertraut hat, fühlen wir uns gedrängt, uns heute an unsere lieben Diözesanen zu wenden, um sie zu erinnern oder ihnen notfalls zur Kenntnis zu bringen, welche Haltung sie im gegenwärtigen Augenblick einzunehmen haben, einem Augenblick der Verwirrung und ernster Besorgnis für viele. Die Weisung, die wir ihnen geben wollen, wird gewiß ihrer Erwartung entsprechen.

Wenn wir so handeln, sind wir sicher, sowohl der Kirche wie dem Vaterland zu dienen, die beide für uns das Teuerste sind, was wir haben, und zugleich Gegenstand unserer Sorge.

Der Feind ist in unseren Mauern. Zunächst müssen wir sagen, daß das Feld der Kirche und das des Feindes sich bereits deutlich gegeneinander abheben. Es geht nicht mehr um Gerüchte oder haltlose Vermutungen mehr oder weniger schlauer und eigensüchtiger Art. Man kann nicht mehr sagen, der Feind stehe vor unseren Toren, da er in Wahrheit bereits in unseren Mauern ist und die Stimme laut erhebt wie einer, der bei sich zu Hause ist. Nicht ohne Grund haben gewisse einsichtige und instinktbegabte Leute sich schon seit einiger Zeit beunruhigt und besorgt gezeigt und sich gerüstet, gegen die zu kämpfen, die versuchen, ohne weiteres das alte Joch zu neuer Knechtschaft aufzubürden. Denn ein echter Christ kann und will nicht ohne Freiheit leben. Man darf nicht vergessen, daß stets und überall, von Rom bis Budapest, die Christen vorgezogen haben, alles zu verlieren und sogar ihr Blut zu vergießen, als auf die Freiheit zu verzichten, die den Kindern Gottes besonders zu eigen ist.

Der Kommunismus im Anschlag. Es ist nur zu gut bekannt, daß der Kommunismus der große Feind des Christentums ist, immer auf der Lauer, stets wachsam und bereit, sich auf seine Beute zu stürzen und überall seine Interessen wahrzunehmen. Ob er sich offen zeigt oder verbirgt, man kann ihn überall leicht entlarven, weil er überall zugegen ist, obwohl es auch unter uns Leichtgläubige und Naive oder auch allzu Vorsichtige gibt, die das beharrlich leugnen und sogar nervös werden, wenn sie sehen, daß nicht alle so denken wie sie.

Die Lehre der Kirche. Diese Lehre, die alle Katholiken verpflichtet, ist über diesen Punkt durchaus eindeutig und läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen, obwohl ihr umfangreiche päpstliche Verlautbarungen gewidmet sind: „Der Kommunismus“, sagt Papst Pius XI. in der Enzyklika *Divini Redemptoris*, „ist in sich schlecht.“ Wir wollen nur einige Gründe aus dem gleichen Dokument zur Bekräftigung dieser so bestimmten Behauptung anführen.

Der dialektische Materialismus. Der erste und wichtigste Grund ist der, daß der Kommunismus den dialektischen Materialismus von Marx zur Grundlage hat, obwohl er sich gelegentlich unter verführerischer Schauseite verbirgt. Nach der materialistischen Lehre gibt es nur eine Wirklichkeit, die Materie mit ihren blinden Kräften; darum gibt es auch in der Welt nichts anderes als Materie in je verschiedener Entwicklung, und auch die Gesellschaft ist nur ein Erscheinungsbild und eine Form dieser Materie.

Der gottlose Kommunismus. Der zweite Grund ist nur eine notwendige Folge aus dem ersten: wenn alles Materie ist, dann gibt es keinen Platz für Gott, dann gibt es auch keinen Unterschied zwischen Materie und Geist, zwischen Leib und Seele; die Seele überlebt den Tod des Leibes nicht, und so kann es also auch keine Hoffnung auf ein künftiges Leben geben. Darum nennt sich der Kommunismus logischerweise atheistisch.

Daraus folgt ferner, daß der Kommunismus, wie jeder Materialismus, alle menschlichen Werte verneinen muß. Diese haben ja in einem solchen System keine geistige Grundlage, um den Menschen über sich selbst und die unmittelbaren Vitalsphäre zu erheben.

Im Kommunismus ist der Mensch lediglich ein materielles Wesen, ohne Freiheit und ohne moralischen Rückhalt angesichts der niedrigsten Leidenschaften, die ja mit rein menschlichen Erwägungen nicht im Zaume gehalten werden können.

Wir glauben, daß das genügt, um zu verstehen, warum der Kommunismus als in sich schlecht verurteilt werden konnte; und es scheint kaum notwendig, noch hinzuzufügen, daß er das Eheband und seine Unauflöslichkeit, das Eigentumsrecht und viele andere Dinge verneint und daß er die ganze Sozialordnung in ihren Fundamenten umstürzen will, mit dem Anspruch, eine neue Menschheit ohne Gott und ohne geheiligtes Gesetz zu schaffen, die in einem Meer von Haß und Neid versinken müßte.

Unsere Haltung nun muß von einer steten Treue zum Papst und seinen Weisungen bestimmt sein:

Keine Zusammenarbeit mit dem Kommunismus. Angesichts der wiederholten Verurteilungen des Kommunismus durch die höchste Autorität der Kirche sehen wir uns genötigt und gezwungen, unseren Diözesanen (und notfalls allen Kubanern) zu empfehlen und sogar dringlich einzuschärfen, in keiner Weise mit dem Kommunismus zusammenzuarbeiten oder mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Sie müssen im Gegenteil alles nur Mögliche tun, sich von diesem unversöhnlichen und machtvollen Feind des Christentums fernzuhalten, sich nicht durch Phrasen und Versprechungen verführerischer und undurchsichtiger, immer aber falscher und lügnerischer Art verführen zu lassen — auch nicht durch die List heimtückisch ausgestreckter Hände, die in Wahrheit nur eine Falle für Leichtgläubige ist.

Allerdings müssen wir auch zeigen, daß wir zwischen Kommunismus und Kommunisten zu unterscheiden wissen. Den Personen gegenüber dürfen wir nichts unterlassen, was immer nur wir für sie tun können; das gebietet uns das göttliche Liebesgebot.

Alle müssen zwei Dinge deutlich vor Augen haben: erstens, keinerlei Konzession in Grundsatzfragen; zweitens, die Feinde der Kirche, und vor allem eben der Kommunismus, wissen sehr genau, was sie wollen, und sie verfolgen ihre Ziele ohne Rücksicht und ohne Zögern.

Die Soziallehre der Kirche. Es wäre gut, wenn die Katholiken sich wenigstens bemühten, die Soziallehre der Kirche kennenzulernen, die für alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme eine befriedigende Lösung hat, und daß sie verstünden, warum anständige und aufrichtige Kommunisten angesichts dieser Lehre ausgerufen haben: „Wirklich, hier liegt die wahre Lösung der sozialen Frage!“

Die Frage der materiellen Güter. Obwohl wir uns hier nicht unmittelbar mit diesem Problem befassen, wollen wir euch dennoch bei dieser Gelegenheit sagen, daß die Kirche immer eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter gefordert hat. Niemand mehr als sie hat den Armen in Schutz genommen; es ist nur bedauerlich, daß ihre Stimme von den besitzenden und führenden Schichten nicht besser gehört worden ist. Wir haben oft gesagt und wiederholen es hier, daß, um zu verhindern, daß Menschen unter Bedingungen leben müssen, die schlimmer sind als die von Tieren (wie es leider in vielen Teilen der Welt der Fall ist), eine Instanz dasein müßte, der bekannt wäre, über welche Mittel jede Familie verfügt, um das Leben zu bestreiten, damit es nicht menschliche Wesen gäbe, die einem neuen Tag entgegensehen ohne einen Bissen Brot für sich und ihre Kinder und ohne zu wissen, an wen sie sich wenden können, um einem Elend zu begegnen, das viele an den Rand der Verzweiflung treibt. Das ist schlechthin unmenschlich und grausam und ein Schauspiel, das alle schamrot werden lassen müßte,

ebenso wie die Wohngelegenheiten, in denen zahlreiche Familien auf abstoßende Weise zusammengepfercht leben müssen, nicht selten unmittelbar neben üppigen Palästen.

In diesem und in manchem anderen Punkt verdient die Revolutionsregierung Lob für ihre Sorge um die notleidenden und so verlassenen Bevölkerungsschichten. Das wollen wir gern anerkennen.

Aber niemand soll glauben, daß das Brot vom Himmel regnen wird, weil man Gott ausgetrieben hat, oder daß es nun leichter sein wird, es zu verdienen. Es könnte gut geschehen, daß man sich eines Tages ohne Gott und ohne Brot findet.

Wir wollen Gott, und wir bedürfen seiner. Schwerer noch wiegt, daß der Kommunismus und der Materialismus wollen, wir sollten auf dem Meere dieses Lebens mit verbundenen Augen, ohne Lotsen, ohne Kompaß segeln, was bedeutet, uns selbst dazu zu verdammen, ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, voll Mißtrauen gegen alles und alle zu leben.

Materialismus und Kommunismus werfen Gott überall; aber wir Katholiken, wir wollen nicht ohne Gott leben und ohne sein heiliges Gesetz, ohne das jedes menschliche Gesetz der festen Grundlage ermangelt. Ohne Gott Gesetze geben heißt auf Sand bauen.

Wir wollen Gott in allen Dingen. Wir wollen ihn überall und stets. Wir wollen Gott im Mittelpunkt der Familie, in der Schule, im Gericht, in den gesetzgebenden Versammlungen, in Wirtschaft und Handel, in der Industrie, auf dem Lande, in den Krankenhäusern und in den Gefängnissen. Ohne Gott sind wir selbst nur arme Gefangene und elende Kranke.

Ohne Gott kein Friede. Wir lieben unsere Familie, die Gerechtigkeit, die Ehre, das Vaterland zu sehr, um nicht zu wünschen, Gott möge die innere Kraft aller dieser uns so teuren Dinge sein, wie er ja auch ihrer aller Ursprung und Ziel ist. Und das um so mehr, als wir ja wissen, daß die Menschen, selbst die größten und bestmeinenden, aus sich unfähig sind, den furchtbaren Zusammenbruch der Sozialordnung zu vermeiden, der die Welt bedroht, wie sie auch unfähig sind, die Gesellschaft aus dem Sumpf herauszuziehen, in den sie zu versinken droht.

Wer ohne Gott könnte dem Verstand und Willen aller die wahre Einheit geben, die für das Wohl der Gesellschaft nötig ist? Wer ohne Gottes Hilfe die einander widerstreitenden Interessen der Menschen in Einklang bringen, zumal wenn die Deiche, die die natürlichen Begierden ummauern, zerbersten? Das kann nur Gott selbst!

Wenn man Gott aus dem gesellschaftlichen Leben ausschaltet — wo ist dann der Friede zu finden, den die einzelnen und die Völker so sehr ersehnen?

Und doch ist der Friede, der wahre Friede, ganz nahe. Ihn zu erhalten, braucht man sich nur Christus zuzuwenden — er ist „unser Friede“. Alles übrige ist Zeitverlust, wie jeder weiß.

Die beste Waffe: die Zehn Gebote. Um diesen Frieden zu finden, bedienen wir uns der Gewalt der Ordnung und nicht der Ordnung der Gewalt. Jeder Mensch möge in sich selbst eine Polizeimacht haben, deren Waffe die Zehn Gebote sind! Sonst aber möge es nirgends und nie jemand geben, der auf der Straße zu Waffen greift, die erfunden worden sind, um andere Menschen zu töten und das Eigentum zu zerstören — ein furchtbarer Zustand!

Rückkehr zu Gott. Um das hohe Ziel zu erreichen, muß man alle Kräfte derjenigen in Bewegung setzen, die mit

Gott und nach seinem Gebote leben wollen. Man muß die Erstarrung jener bekämpfen, die sich gleichgültig gegenüber den Dingen verhalten, die am wichtigsten sind, und an nichts Anteil nehmen, was um sie herum geschieht, während der Feind ohne Unterbrechung am Werke ist.

Es ist also unabweislich notwendig, daß das ganze individuelle, nationale und soziale Leben in Gott seinen Mittelpunkt habe und daß alle sein heiliges Gesetz befolgen, das ja auch für alle gilt. Die Rückkehr zu Gott ist notwendig, ohne den das Leben tot ist und den niemand und nichts ersetzen kann. Es ist notwendig, die Gesellschaft wieder christlich zu machen und ihr den Geist des Evangeliums einzuhauchen, einzige Zuflucht vor dem Zusammenbruch der Sozialordnung.

Religiöse Unwissenheit. Um das Gesetz Gottes zu befolgen und zu leben, wie es sich für Christen schickt, ist ein gut fundiertes religiöses Wissen unentbehrlich. Das Fehlen einer solchen religiösen Bildung ist der beste Alliierte der Feinde der Kirche. Für die gottlose Propaganda des Kommunismus, ständig im Anschlag und auf der Lauer, sind die geistig und materiell unterernährten Massen in Stadt und Land der beste Nährboden.

Jedes Heim ein Ort der Christenlehre. Um den erschreckenden Mangel an Priestern und Katecheten auszugleichen, muß jedes Heim ein Ort der Christenlehre werden, wo die Kinder von frühester Jugend an lernen, was ein guter Christ wissen muß und wo (was allerdings überall geschehen soll, auch da, wo es genügend Priester gibt) sie neben und mit ihren Eltern die grundlegenden religiösen Pflichten erfüllen: Gott loben, ihn preisen, ihm danken, eine Übung, die niemals vergessen werden darf und die man ebenso lieben muß, wie man diejenige liebt, die uns die ersten Unterweisungen gibt: unsere Mutter. Da nun in vielen Familien keiner da ist, der imstande wäre, diese Pflicht zu erfüllen, wenden wir uns im Namen Gottes dringend an solche, die besser vorbereitet sind, damit sie in ihrem Hause oder in einem geeigneten Raum Kinder und auch Erwachsene vereinen, um ihnen die nötige religiöse Unterweisung zu erteilen, damit niemand ihrer entraten müsse. Wir denken dabei vor allem an die zahlreichen Familien auf dem Lande, aber auch in den Städten, wo diese Arbeit am dringendsten ist.

Religionsunterricht — das Hauptproblem

In diesem und den folgenden Abschnitten seines Hirten-schreibens geht der Erzbischof auf die praktische Durchführung des katechetischen Programms ein, gibt klare Vorschriften und schließt mit einem dringenden Aufruf an Priester und Gläubige.

Das Schreiben gewährt einen erschütternden Einblick in die religiöse Lage des Landes, der durch folgende Zahlenangaben noch verdeutlicht werden kann: Die Insel zählt 5 665 000 Katholiken (etwa 93% der Einwohner), 732 Priester (davon 482 Ordenspriester), so daß im Durchschnitt auf 7739 Gläubige ein Priester kommt. Die Zahlen für die Erzdiözese Santiago de Cuba sind noch wesentlich ungünstiger. Den zwei Millionen Katholiken stehen in 40 Pfarreien zu je 50 000 Seelen nur 104 Priester (davon 64 Ordenspriester) zur Verfügung, d. h., auf etwa 19 000 Gläubige kommt ein Priester. Man begreift, daß unter solchen Verhältnissen die religiöse Unwissenheit groß ist und die Kommunisten sich ihrer als weit offenes Einfallstor bedienen.

Daß die christliche Liebe eine aus Rassenhaß hervorgehende Trennung Asiens und Afrikas von der christlichen Welt verhindere. Missionsgebetsmeinung für September 1960

Da der Sinn der Gebetsmeinung aus ihrer Formulierung nicht klar ersichtlich ist, haben wir die von der Leitung des Gebetsapostolats in Rom herausgegebenen Erklärungen zu Rate gezogen. Das Missionsanliegen des Monats wird dort nach folgendem Gedankenaufriß behandelt: Die Wirkungen der Unabhängigkeitserklärungen asiatischer und afrikanischer Staaten sind für die Kirche nicht in jeder Hinsicht erfreulich, denn es entsteht in diesen Staaten eine extreme Form des Nationalismus, der alles der Nation „Fremde“ beseitigen möchte. Diese Tendenz erstreckt sich zunächst auf Ausschluß „ausländischer“ Personen aus den eigenen Grenzen, und zwar oft unter geringer Achtung der Tugenden der Liebe und Gerechtigkeit. Besonders die Okzidentalern sind von diesen Maßnahmen getroffen. Da nun die meisten katholischen Missionare aus dem Westen kommen, diese Missionare aber vorläufig für Bestand und Fortgang des Missionswerkes in jenen Erdteilen unentbehrlich sind, stellt dieser extreme Nationalismus eine schwere Gefahr für Bestand und Gedeihen der Kirche in diesen Ländern dar.

Der Rassenhaß richtet sich aber nicht gegen die Diener der Kirche aus den westlichen Ländern, sondern zugleich gegen das Christentum als solches, das mit der Kolonialarbeit indentifiziert wird. Unter Verkennung des übernationalen Charakters der Kirche wird diese als ein zugleich mit den Kolonialmächten ins Land gekommenes Fremdgewächs betrachtet, das nun auch mit dem Kolonialregime verschwinden muß. Wir müssen deshalb beten, daß in Asien und Afrika die wahre Natur der Kirche besser erkannt wird. Soweit der Gedankengang der Vorlage.

Es wird hier sicherlich ein nicht immer eindeutiger und oft verwickelter Sachverhalt etwas sehr vereinfacht dargestellt. Nicht in jedem der Länder, die seit Kriegsende die Unabhängigkeit erhielten, ist extremer Nationalismus am Werk. In Afrika erhalten heute riesige Gebiete die Unabhängigkeit, deren Massen noch im Stammeseparatismus befangen sind und erst langsam zu „nationalem“ Denken gebracht werden können. Und von da bis zum extremen Nationalismus ist immerhin noch ein Weg zurückzulegen. Extremer Nationalismus ist gewiß auch, wie die jüngste Geschichte zeigt, in großer Gefahr, einen Haß gegen andere Nationen zu entwickeln. Aber dieser primäre, aus einer philosophischen Ideologie erwachsende Rassenhaß ist doch sehr viel seltener als der Haß, der aus wirklicher oder vermeintlicher schlechter Behandlung oder Unterdrückung durch andere Rassen, aus wirklicher oder vermeintlicher wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Benachteiligung erwächst. Der Weißenhaß in der farbigen Welt ist, wo er auftritt, als Reaktion zum Kolonialregime entstanden und hat sich in dem Maße entfaltet, als dessen Methoden und geistige Haltungen das stets wachsende Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein der Beherrschten verletzen. Schon in dem Augenblick, in dem die Autorität an die Einheimischen übergeht, kühlt sich dieser Haß bald ab, wenn man sieht, daß man die Fachleute und Sachkenner des abgelösten Regimes nicht entbehren kann. Verschwinden diese möglicherweise auf der untersten Ebene der Verwaltung, so treten sie bald auf

der obersten Ebene diskret wieder auf. Ohne die Zusammenarbeit mit den Weißen — und dazu gehören auch die Russen! — können alle diese Staaten sich weder in die Weltwirtschaft einordnen noch ihre Entwicklungsprobleme lösen. In den Wochen, als aus Belgisch-Kongo Tausende von Europäern ausreisten, schrieb der „Osservatore Romano“ in einem Leitartikel zur Afrika-Frage (12. 6. 60): „Das Zusammenleben zwischen Afrikanern und Europäern, zwischen Weißen und Schwarzen ist fast überall, besonders aber in Ländern, die wie der Kongo mit einem Schläge die totale politische Autonomie erhalten, eine organische strukturelle Notwendigkeit für das Weiterbestehen der Wirtschaft und des staatlich-bürgerlichen Lebens. Diese Notwendigkeit geht jener der geschichtlichen Kontinuität und der menschlichen Brüderlichkeit sogar voran. Die spontane oder erzwungene Abreise ganzer Gruppen von Beamten und Zivilisten mit ihren Familien verschleudert nicht nur kostbare Hilfskräfte an besonderem Können und besonderer Überlieferung auf verwaltungsmäßigem und technischem Gebiete, die für alle nützlich sind, sie schafft nicht nur neue Spannungen mit den europäischen Ländern, die diesen neuen Staaten zu Hilfe kommen sollten, sie stellt auch eine politische Absurdität dar und läßt umrißartig den Bruch zwischen den beiden Kontinenten erscheinen, die mehr als je die neue glückliche Wirklichkeit zur Knüpfung substantzieller und freier Bindungen benutzen müssen.“

Nüchterne Bestandsaufnahme

Würde in den jetzt zur Selbständigkeit gelangenden Ländern ein allgemeiner Weißenhaß bestehen, wären natürlich alle weißen Missionare bedroht. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Schauen wir zunächst auf Afrika. Wenn in bestimmten Teilen Nordafrikas Tausende von Siedlern ihre Güter verkaufen, wenn Kaufleute und Beamte zurückkehren, so nicht deshalb, weil sie als Weiße verfolgt werden, sondern einfach deshalb, weil sie in den neuen Verhältnissen keine Existenzmöglichkeiten mehr sehen oder sich seelisch in ihnen nicht zurechtfinden. Niemand leugnet, daß sie oft schikaniert werden und daß man ihnen bewußt die Arbeitsmöglichkeiten beschneidet. Der Grund dafür ist aber nur das Bestreben, die Macht, die die Weißen hatten, an sich zu reißen. Es liegt hier nur die Reaktion auf die Kolonialperiode vor. In diesen islamischen Ländern kommt dazu, daß der Nichtmohammedaner in die mohammedanische Rechts- und Lebensordnung gezwängt werden soll, ohne ihr eigentlich angehören zu dürfen. Die in den Verfassungen der neuen Staaten garantierten gleichen Rechte aller Bürger vor dem Gesetz sind in der Praxis gegenüber Nichtmohammedanern durchaus nicht immer gesichert. Andererseits befinden sich in allen diesen Staaten zahlreiche Weiße als Mitglieder von internationalen Missionen oder als technische Berater. Einige Länder locken heute sogar den internationalen Reiseverkehr an, und die Weißen, die dort Ferien machen, fühlen sich in keiner Weise bedroht. Mit dem internationalen Handel kommen Weiße in die Häfen und bis tief ins Innere der Länder hinein. Ausweisungen von Priestern und Ordensleuten sind kaum vorgekommen, wenn auch die Missionen, z. B. in Tunesien, einige sehr unfreundliche Akte gegen ihre Einrichtungen erlebten. Wo Priester und Ordensleute ausgewiesen wurden (Algerien), geschah dies meist durch die Franzosen, nicht durch die Einheimischen. In ganz Nordafrika kön-

nen die Weißen Väter und die Weißen Schwestern weiterarbeiten. Die algerische Situation ist natürlich durch einen tragischen Konflikt zwischen Europäern und Nichteuropäern gekennzeichnet. Die Freiheitsbewegung hat oft gedroht, die Weißen ins Meer zu werfen. Der entstandene Rassenkonflikt ist aber nur eine sekundäre Erscheinung, der durch ein bis zur Stunde unbewältigtes politisches Problem ausgelöst wurde. Die Regierung des (ehemaligen anglo-ägyptischen) Sudan sucht zwar die weißen Missionare Schritt für Schritt aus dem Süden des Landes zu entfernen, aber nicht aus Haß gegen die Weißen, sondern weil die christliche Mission der Islamisierung der Negerstämme und damit ihrer Einordnung in den mohammedanischen Staat im Wege steht. Der Weißenseelsorge in Khartum wird die Regierung nie Schwierigkeiten bereiten. In Französisch-Afrika südlich der Sahara hat sich seit der Bildung der Communauté in dem friedlichen Nebeneinander von Weiß und Schwarz bisher kaum etwas geändert. Eine Ausnahme bieten hier Teile Kameruns, wo ein Rachekrieg von Angehörigen der kommunistisch inspirierten UPC (Union des Populations Camerounaises) gegen aus der Partei ausgetretene Mitglieder des Bami-leke-Stammes „sich zur Kundgabe eines bösen Rassenhasse gegen alles, was Weißer ist oder den Weißen assimiliert ist, entwickelte. Die Gleichgültigkeit gegen die Missionare verwandelte sich, bei manchen wenigstens, in Feindseligkeit. Wohl fühlend, daß die Kirche ein Hort der Ordnung und des Friedens ist, hätten sie gerne gesehen, daß die Missionare abreisten, wie es schon zahlreiche Europäer taten. Daher ihre Wut, als sie feststellten, daß die Apostolatsarbeit fortgeführt wurde“ (Agenzia Fides, Documentazione, 20. 1. 60). Bei den Terrorakten sind gegen 1000 Personen getötet worden, darunter drei Missionare, von denen zwei enthauptet wurden. Unter den Opfern befanden sich auch viele Frauen und Kinder. Vier einheimische Priester sind von den Banden entführt worden.

Zu dem sonst friedlich verlaufenen Übergang der Gewalt an die Einheimischen in Französisch-Afrika trug erheblich die Tatsache bei, daß die Franzosen dort keine Rassenschanke kannten, während die Bevölkerung dementsprechend eine große Aufgeschlossenheit gegenüber dem Einfluß französischer Kultur zeigt und dieser Kultur verbunden bleiben möchte: „Die Schwarzen sehen in ihr das geeignetste Mittel, um dem Abendland eine Kenntnis der afrikanischen Anschauungen zu übermitteln und zu beweisen, daß sie ebenbürtige Partner sind. Sie verkennten ebenfalls nicht, daß eine völlige Neubildung der afrikanischen Gesellschaft vor sich geht und daß in Zukunft sehr viele moderne Elemente zu ihrem Bestandteil gehören werden, wie es neuerdings der bekannte Negerdichter Césaire offen bekannt hat, der den Wert eines engen Zusammenhangs mit Europa richtig einzuschätzen weiß. Er hofft, daß die Europäer geneigt sein werden, eine vollgültige Partnerschaft der Neger aufrichtig anzuerkennen, wenn sie nur für ihr Denken und Handeln das richtige Verständnis haben“ (Wahrhold Drascher, Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus, Tübingen 1960).

Afrikanische Toleranz

So wundert es uns nicht, wenn der katholische Ministerpräsident von Togo, Sylvanus Olympio, bei der Unabhängigkeitsfeier am 27. April dieses Jahres vor dem Parlament zunächst Frankreich für seine Hilfe auf dem Wege

zur politischen Reife und zur Unabhängigkeit dankte und dann fortfuhr: „Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen der Welt... So hat Togo seinen Platz im Kreise der freien und souveränen Völker eingenommen und gibt ein prächtiges Beispiel der Eintracht unter allen seinen Söhnen schwarzer Rasse und den Weißen, die Togo zu ihrem Adoptivvaterland wählten, besonders den Missionaren.“ Einem Vertreter der Zeitschrift „Afrika“ (München) erklärte Olympio: „Ich erhoffe und wünsche eine dauerhafte, fruchtbare Zusammenarbeit auf praktischer Ebene. Ich sehe keinen Grund, das Bestehende zu ändern. Unsere Kinder gehen in französische Schulen, unsere Studenten lernen an französischen Universitäten. Warum sollte man da an einen plötzlichen Wandel denken, der unseren Interessen kaum dienlich sein kann? ... In Togo hat es keine Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes gegeben, d. h., die Weißen kamen nicht mit der Absicht ins Land, sich endgültig dort niederzulassen und Landbesitz zu erwerben. Bei uns hat es immer nur drei Kategorien von Europäern gegeben, die Beamten, die Kaufleute und die Missionare. Für die französischen Beamten gibt es keinerlei Problem. Im Rahmen des Abkommens über technische Unterstützung werden diejenigen Beamten, die bei uns bleiben, auf Vertragsbasis in unsere Verwaltung übernommen. Den Kaufleuten gewähren wir wie allen anderen freien Zutritt zu unserem Land. So haben wir es immer gehalten und es nie bedauert. Jeder Kaufmann hat Interesse daran, mit seinen Kunden auf gutem Fuß zu stehen, und da die Kunden Togolesen sind, gibt es auch hier kein Problem. Hinsichtlich der Missionare kann ich nur sagen, daß die Toleranz eine alte togolische Eigenschaft ist, auf die wir großen Wert legen. Die Missionare werden also morgen wie heute in Togo willkommen sein.“ Es ist bekannt, daß Togo großen Wert auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik legt und mit echten Freundschaftsgefühlen allen Deutschen entgegensieht, die zum Wohle des Landes arbeiten wollen, wie auch in Kamerun in Erinnerung an die Zeit der deutschen Herrschaft eine für Deutschland sehr wohlwollende Atmosphäre herrscht. Gerade in diesen beiden Ländern wären auch neue deutsche Missionare hochwillkommen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß sie französische Missionare verdrängen, da diese nach wie vor ohne Schwierigkeit dort arbeiten können. — Der Ministerpräsident der Republik Tschad, der Mohammedaner Ahmed Koulamallah, erklärte bei der Erläuterung seines Regierungsprogramms: „Wir sind ein Land, in dem arabische, arabisierte, Sudano-bantu-Elemente und Europäer gelernt haben, friedlich zusammenzuleben. Tschad ist ein Schmelztiegel, in dem Mohammedaner und Christen, die alle Söhne Abrahams sind, lernen müssen, einander noch besser zu verstehen. Der Animismus bei uns aber muß dahin gelangen, daß er seine Stellung gegenüber dem einen Gott neu überdenkt. Diese Aufgabe ist vielleicht nicht schwer, wenn man bedenkt, daß in Sarah der Name Gottes Allah ist. Ein Land der Verheißung, islamisch-christlich und animistisch, franco-arabisch in Sprache und Sitten, wird der Tschad das Produkt dieser Verschiedenheit sein, getragen von der Mithilfe aller, dem religiösen Glauben aller, der Liebe eines jeden zu seinem Nächsten“ (Agenzia Fides, französische Ausgabe vom 28. 3. 59). Die politische Vergangenheit des Regierungschefs der Republik Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, gibt die Gewähr, daß es, solange er die Geschicke des Landes

führt, keinen Weißenhaß geben wird. Der Kongreß der von ihm geführten Demokratischen Partei forderte im März 1959 die brüderliche Zusammenarbeit der mehr als 60 Rassen des Staates „gegen alle Kräfte des Tribalismus, Rassismus und der Xenophobie“. — Der Mitschöpfer des Staates Mali (Senegal und Sudan), Leopold Senghor, dessen geistiger Einfluß weit über die Grenzen dieses Landes hinausgeht, ist aus seiner tiefkatholischen Einstellung und seiner Verbindung mit der französischen Kultur heraus eifrigster Verfechter einer harmonischen Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß. — Der Präsident der Mali-Föderation, Modibo Kéita, beendete seine Neujahrsansprache „an die Völker von Mali“ mit der Einladung zu einem Gebet: „Unsere innigen Gebete müssen sich zu Gott erheben, daß er uns ... die Liebe zu allen Menschen gibt, die auf der Erde von Mali leben, mögen sie schwarz, weiß, gelb oder rot sein“ (Agenzia Fides, 6. 2. 60). In der Republik Kongo (Hauptstadt Brazzaville) kam es Anfang 1959 zu blutigen politischen Kämpfen zwischen den Parteien, die leicht eine antieuropäische Wendung hätten nehmen können. Aber „während der traurigen Tage wurde kein Wort der Feindseligkeit gegenüber den Missionaren gesprochen, keine Geste in dieser Richtung zeigte sich. Der (weiße) Erzbischof von Brazzaville konnte öfter durch alle Schwarzenviertel gehen und alle Straßensperren ohne die geringste Schwierigkeit passieren. Im Gegenteil: man schien überall die Anwesenheit der Missionare direkt zu begrüßen“ (Agenzia Fides, 14. 3. 59). — In der Republik Kongo (Hauptstadt Léopoldville) waren bis zu den Unabhängigkeitsfeiern keine Ausbrüche direkten Weißenhasses zu beobachten, obwohl gewisse kommunistische Kreise gegen die Weißen seit längerer Zeit Stimmung machten, vor allem auch durch Beeinflussung der Häuptlinge im Innern des Landes. Die großen Unruhen in Léopoldville, die im Vorjahre zu schweren Zerstörungen des Eigentums von Weißen und auch von Missionseinrichtungen führten, waren in erster Linie Ausdruck sozialer und wirtschaftlicher Notstände. Im übrigen sind die Ereignisse nach dem 30. Juni zur Stunde noch nicht übersehbar. — Allgemein gesprochen, zeigt die bisherige Erfahrung beim Neuwerden der afrikanischen Staaten, daß die kritische Zeit im Verhältnis von Weiß und Schwarz immer in der Periode des Hochgefühls der neuerrungenen Freiheit liegt... Wenn der harte Alltag kommt, werden die Gemüter durch die Schwere der inneren Probleme bald abgekühlt.

In Britisch-Westafrika hat sich die Zusammenarbeit zwischen Weiß und Schwarz gut eingespielt. Das gilt zunächst für Ghana, wo nach wie vor auch zahlreiche weiße Missionare neu einreisen können. Nkrumah trug kein Bedenken, 1172 staatliche Volks- und Mittelschulen, acht höhere Schulen und acht Lehrerseminare mit zusammen 155 627 Schülern der katholischen Mission zur Leitung zu übergeben, die außerdem ihre 621 eigenen Schulen aller Art weiterführt. Die aus innerpolitischen Gründen den christlichen Missionen vor zwei Jahren an den Grenzen von Togo entzogenen Missionsschulen sind inzwischen alle ihren Eigentümern zurückgegeben worden. An allen diesen staatlichen und kirchlichen Schulen unterrichten nach wie vor auch weiße Missionare und Schwestern! Das vor der Unabhängigkeit stehende größte westafrikanische Land Nigeria wird, nach seinem innerpolitischen Klima zu urteilen, ebenfalls gegenüber der Mitarbeit der Weißen, einschließlich der weißen Missionare, keine Schwierigkeiten machen. Auf Portugiesisch-Afrika kom-

men nun schwere Entscheidungen zu. Portugal wird sich nicht lange mehr unter Berufung auf die Fiktion, es handle sich hier um Provinzen des Mutterlandes, gegen die Lösung des Kolonialproblems sträuben können. Da auch die Portugiesen keine colour bar kennen und eine kleine Elite der Schwarzen schon zu Vollbürgern gemacht haben, werden sie, wenn sie keinen Ausweg mehr sehen, klug genug sein, nicht gegen die öffentliche Meinung ganz Afrikas eine gewaltsame Niederhaltung der Unabhängigkeitsbewegung zu versuchen. Es ist schwer denkbar, daß sie sich der Gefahr aussetzen, aus Afrika vertrieben zu werden.

Die großen Gefahrenherde bleiben alle die Gebiete Afrikas, wo größere Gruppen weißer Siedler leben: Algerien, die Südafrikanische Union, Kenia, Südrhodesien. Gelingt es nicht, diese Brandherde zeitig auszutreten, so mag von dort das Feuer des Weißenhasses sich über Gebiete ausbreiten, die längst zu friedlicher Zusammenarbeit mit den Weißen geschritten sind. Eine große Hoffnung für Ostafrika ist der mutmaßliche Führer des zukünftigen selbständigen Tanganjika, Julius Nyerere, ein hochgebildeter Katholik mit gründlicher sozialer Schulung, der das restlose Vertrauen der Schwarzen, Weißen, Inder und Araber im Lande genießt. Er ist entschiedener Gegner aller Rassendiskriminierung. Mit der Austreibung der Europäer und Asiaten, so erklärt er, sei dem Lande nicht gedient. Alle müßten mitarbeiten. Er erstrebt ein Wahlsystem, in dem es bei Verteilung der Parlamentssitze keine Rassenquoten gibt: „Wir wollen den wählen, der uns gefällt, er sei schwarz, weiß oder braun . . . Wir werden keine Ausnahmegesetze haben, keine Revolution, keine Gegenrechnung, keine Gewalt. Wir werden an die Arbeit gehen und hart arbeiten. Wir werden etwas aus diesem Lande machen“ (vgl. Franz Gypkens, *Schwarze Köpfe*, Main-Verlag, Frankfurt 1960, S. 57 ff.). Der prominenteste Führer der Freiheitsbewegung im benachbarten Kenia, dem Lande der Mau Mau, Tom Mboya (ehemals Katholik, jetzt Freigeist), hat bei einer Amerikareise dem Vizepräsidenten der USA, Nixon, erklärt, der Afrikaner sei nicht allergisch gegen die Weißen. Nach der Machtübernahme werde es für ihn keine Rache geben. Seine Überzeugung, der Weißenhaß der Mau-Mau-Bewegung sei die Schuld der Weißen, findet eine gewisse Bestätigung in dem soeben erschienenen englischen Blaubuch über die Revolte, das die weißen Siedler des Mangels an Zusammenarbeit mit den sozial und politisch ausgenutzten Kikuyus bezichtigt.

Die Einreisebeschränkungen für Missionare in Asien

Die kommunistisch beherrschten Länder Asiens müssen aus dieser Übersicht naturgemäß ausscheiden. Die Weißen haben dort überall Zutritt, wenn sie aus Ländern des Ostblocks als kommunistische Funktionäre kommen. Die weißen Missionare aber werden vertrieben, nicht weil sie Weiße sind, sondern weil sie die christliche Religion verbreiten und zugleich angeblich Sendboten des westlichen Imperialismus sind. In den freien Ländern Asiens leidet die Kirche hie und da an lokalen Bedrückungen, die aber nicht den Charakter einer Weißenverfolgung haben. Am schwersten werden die Einschränkungen der Einreisen weißer Missionare empfunden. In keinem einzigen Fall aber beruhen diese auf Rassendiskrimination. In Indonesien ist dies ganz klar ersichtlich. Aus politischen Gründen sperrte die Regierung jahrelang die Ein-

reisen holländischer Missionare, hat aber diese Haltung jetzt insofern geändert, als sie die Ablösung holländischer Missionare durch solche anderer westlicher Nationen zuläßt und sogar Neueinreisen solcher Missionare für neue Missionsgebiete in begrenzter Zahl erlaubt. Hier wie in Indien und Birma wird die Einschränkung des weißen Missionspersonals offiziell damit begründet, daß man sagt, die Kirche sei jetzt lange genug in diesen Ländern, um sich durch Einheimische ausbreiten zu können. Eine große Rolle bei dieser Politik spielt hintergründig die Idee, das Christentum sei ein westliches Gewächs, eine der nationalen Kultur fremde Welt. Der noch allzu westliche Kulturausdruck der Kirche in Asien und Afrika leistet natürlich dieser Auffassung beträchtlich Vorschub. Aber auch stärkste Akkommodation kann in den Hochkulturländern Asiens die Verkenning des übernationalen Charakters der Kirche nicht so leicht beseitigen. Die Kirche kam seit Jahrhunderten mit westlichen Missionaren im Gefolge des Kolonialimperialismus, arbeitete mit ihm zusammen, rief oft seine Hilfe an, brachte westliche Lebensformen ins Land usw. Diese geschichtlichen Tatsachen sind unvergessen, und eine allzu forcierte Anpassung wird sogar bisweilen als ein raffiniertes Täuschungsmanöver einer durch und durch westlichen Religion bezeichnet.

Dies alles hat aber mit einem ideologisch fundierten Rassenhaß nichts zu tun. Buddhismus und Neuhinduismus (desgleichen der Islam) versuchten nicht, in der westlichen Welt zu missionieren, wenn sie den Weißen als unwürdig erachteten, in ihre Religion aufgenommen zu werden, und bekanntlich gibt es auch weiße Buddhisten auf Ceylon und anderswo in Asien. Auf Ceylon ist übrigens nur eine buddhistische Minderheit scharf antikirchlich eingestellt. Sie bedeutet jedoch durch ihren militanten Charakter, ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung und ihre Zusammenarbeit mit den dortigen marxistischen Kräften eine sehr ernste Gefahr für die christliche Freiheit auf der Insel. Die Regierung von Birma hat neuerdings die Gesamtzahl der ausländischen christlichen Missionare im Lande auf die Vorkriegszahl (800) beschränkt. Da aber die jetzt erlaubte Zahl höher ist als die Zahl der im Lande weilenden fremden Missionare, muß man diese Anordnung unter den gegebenen Umständen als fair bezeichnen. Die der katholischen Kirche zugebilligte Zahl von 580 Missionaren wird zur Zeit nicht einmal erreicht! Die indische Regierung erklärte im März 1960, ihre restriktive Einreisepolitik habe die Zahl der ausländischen Missionare von 1700 auf 1300 heruntergedrückt. Missionare aus Ländern des Commonwealth haben nach wie vor freien Zutritt nach Indien. Die Zulassungsbeschränkungen für ausländische Missionare sind im Jahre 1959 insofern gelockert worden, als die Formel der Zulassung verändert wurde. Während jahrelang nur solche Missionare die Einreise erhielten, „die für eine Stellung qualifiziert sind, für die kein Inder verfügbar ist“, werden jetzt auch Missionare angenommen, „deren fachliche Eignung sie zu einem Wert für das Land machen kann“. Beachtenswert ist auch die plötzliche Änderung für Zulassung von Missionaren in den Gebieten der animistischen Grenzstämme im Norden Indiens. Während man unter dem Druck des Hinduismus bisher diese Teile Indiens rigoros westlichen Missionaren weitgehend sperrte, weil man fürchtete, diese Bergstämme würden verwestlicht und der nationalen (d. h. hinduistischen) Kultur entfremdet, hat die Regierung

nach dem Auftreten der kommunistischen Chinesen an den nördlichen Grenzen plötzlich zahlreiche Einreisevisa auch für katholische Missionare gegeben. Eine einzige Kongregation erhielt 18 Eintrittsvisa (Agenzia Fides 19. 12. 59). Man fürchtet die chinesische Invasion mehr als die Missionstätigkeit der westlichen Missionare in den Grenzgebieten. Dies ist um so verständlicher, als beispielsweise in Kalkutta etwa 60 000 Chinesen wohnen, die ideale Konspirationsmöglichkeiten für die chinesischen Kommunisten bei der Infiltration nach Nordindien bieten. Es scheint also, daß auch die Politik der Einreisebeschränkungen nicht unwandelbar ist . . .

Missionare aus dem Westen noch lange notwendig

Das moderne Weltbild begünstigt heute in Verbindung mit der Entwicklung zum äußeren Zusammenwachsen der Welt eindeutig die Ausbreitung universaler Religionen und Weltanschauungen, während es auf regional gebundene Glaubenshaltungen auflösend wirkt. Das Christentum könnte trotz der beängstigenden Ausbreitung des Materialismus, der sich mit der technischen Zivilisation verbindet, in diesen Strömungen eine starke Hilfe zu seiner Entfaltung auch nach Asien und Afrika erhalten, wenn es als eine universale Religion erkannt würde. Solange aber bei den Nichtchristen das Vorurteil nicht behoben ist, die christlichen Kirchen seien mit der westlichen Kultur eindeutig verbunden bzw. Ausdruck einer rassistisch begrenzten Religion, die sich mit der Kolonialexpansion durch weiße Missionare verbreitete und zu deren Festigung beitrug, muß man damit rechnen, daß zumindest die Methode der Einschränkung von Einreisen westlicher Missionare auch in anderen Ländern der afro-asiatischen Welt Nachahmung findet. Die katholische Kirche würde ein Mittel haben, die durch solche Maßnahmen drohenden Gefahren abzuwehren, wenn die Missionsanstrengungen der letzten Jahrhunderte nicht so einseitig von der westlichen Welt ausgegangen wären. Beständen starke missionierende orientalische Teilkirchen aus Ländern, die nicht am westlichen Kolonialismus bzw. an der Schaffung der westlichen Welthegeemonie beteiligt oder ihr sogar unterworfen waren, so könnte man am Ausgang der Kolonialperiode auch auf Missionare dieser Kirchen zurückgreifen. Sie wären nicht verdächtig, dem westlichen Imperialismus hörig zu sein. Sie kämen als echte Glieder der östlichen Völkergemeinschaft oder (in Afrika) aus Gebieten, die den geistigen und kulturellen Zusammenhang mit dem Schwarzen Afrika nie ganz verloren hatten. Ja diese Kirchen hätten in Asien und Afrika längst echte Kristallisationszentren apostolischer Aktion geschaffen, die auch die Akkommodationsaufgabe leichter bewältigen könnten als die Missionare aus dem Westen. Wahrscheinlich würden sie die Einsenkung des Christentums in den Kulturboden der farbigen Völker, ungehemmt durch die psychologischen Verklemmungen des „Europäismus“, auch schneller bewerkstelligen und so das verhindern haben, was Dom Cölestin Lu OSB „die Verdeckung der Universalität der Kirche durch eine allzu westliche Fassade“ nannte. Die Kirchengeschichte zeigt, wie und warum alles anders kam, aber man muß diese Sicht vor der eigenen Phantasie erwecken, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verstehen. Wenn heute aus ganz Asien und Afrika die westlichen Missionare vertrieben würden, käme in den allermeisten Missionsgebieten der Propagandakongregation die geordnete Seel-

sorge zum Erliegen, und an Missionsarbeit wäre erst recht nicht zu denken, weil eben noch immer die große Mehrzahl der Priester in den Missionen der weißen Rasse angehört. Gewiß hat sich die Zahl der einheimischen Priester in der Missionswelt während der letzten 40 Jahren versiebenfacht. Aber den 1811 einheimischen Priestern der Propaganda-Gebiete Afrikas (Statistik 1957) stehen 9388 ausländische Priester zur Seite. Wie sollten diese 1811 einheimischen Priester (16 % aller Priester) auf riesigem Raum über 21,2 Millionen Katholiken seelsorglich beistehen, über drei Millionen Katechumenen unterrichten und den noch 80 Millionen Angehörigen der Stammesreligionen den Glauben verkünden? Dabei muß man bedenken, daß die einheimischen Priester wegen der Sprachschwierigkeiten in diesem an Sprachen und Dialekten so ungeheuer reichen Erdteil nicht von Land zu Land ohne weiteres verschoben werden können, meist nicht einmal im eigenen Heimatland; daß die Mehrzahl der Katholiken der überaus rasch angewachsenen Afrikamission noch der ersten oder zweiten Katholikengeneration angehört; daß schließlich unter diesen Priestern die Spezialisten zur Erfüllung moderner Seelsorgsaufgaben fehlen, deren die afrikanische Kirche „in der vielleicht schwierigsten Periode der afrikanischen Geschichte“ (*Fidei Donum*) bedarf. „Lange noch werden die afrikanischen Kirchen die brüderliche Hilfe der altchristlichen Länder nötig haben. Immer wieder sagten Uns die Bischöfe, die Wir jüngst weihten, mit innerer Bewegung: ‚Möchten uns die Missionare doch nicht so bald verlassen!‘ Es sei Uns gestattet, diese (Rundfunk-)Botschaft zu benutzen, um jenem von Dankbarkeit und realistischer Einschätzung der Lage getragenen Wunsche ein weites Echo zu geben . . .“ (Papst Johannes XXIII. in einer über 23 afrikanische Sendestationen verbreiteten Rundfunkbotschaft an die Katholiken Afrikas am Pfingstfest 1960; vgl. „Osservatore Romano“ vom 8. 6. 60). Soll also die junge Kirche Afrikas vor Auszehrung bewahrt und zu weiterem Wachstum geführt werden, so ist in der jetzt anhebenden stürmischen Periode innerafrikanischer Geschichte von größter Bedeutung, daß keine Einreisesperren für westliche Missionare verhängt werden, vor allem aber, daß keine Ausweisungen großen Stils erfolgen. Afrikas Priesterzahl ist trotz der ständig wachsenden Zahl der einheimischen und ausländischen Priester wegen des unverhältnismäßig starken Wachstums der Kirche prozentual zur Zahl der Katholiken seit Jahren rückläufig! Es wäre auch verhängnisvoll, wenn es den Feinden der Kirche gelänge, Mißtrauen und Entfremdung zwischen den afrikanischen Katholiken und ihren Glaubensbrüdern in der altchristlichen Welt zu säen. Je fester dieses Band, desto weniger die Gefahr, daß man es wagt, die westlichen Missionare heimzuschicken. Am 6. Juli wurden durch ein Charterflugzeug 67 Priester von Holland nach Afrika zur Verstärkung des Missionsstabes gesandt. Möge diese Aussendung neuer Missionare symbolhaft den Willen der Kirchen Europas unterstreichen, der afrikanischen Kirche in entscheidungsvoller Zeit jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen!

In allen asiatischen Missionsgebieten der Propagandakongregation zählte man im Jahre 1957 ebenso viele Priester wie in Afrika: 11 000, von denen 7400 Asiaten sind. Dies an sich im Vergleich zu Afrika außerordentlich günstige Zahlenbild des einheimischen Klerus gilt aber praktisch nur für Indien und Südvietnam. Zieht man die dort wirkenden etwa 4000 einheimischen Priester

ab, dann bleiben für die übrigen Missionsländer Asiens vielleicht nur 1500 einheimische Priester übrig. Die kommunistischen Länder werden seit Jahren bei solchen Statistiken mangels genauer Unterlagen ausgeschaltet. Die meisten Länder Asiens brauchen also die Hilfe westlicher Missionare fast ebenso dringend wie Afrika.

Die neuen Anforderungen an die ausländischen Missionskräfte

Wenn aber in Asien und Afrika die Missionare aus dem Westen noch lange tätig sein sollen, müssen diese einer für sie nicht leichten psychologischen Lage gerecht werden und sich in die Evolution hineinstellen, auch wenn diese, wie jetzt im Kongo, von den bisherigen Kolonialherren in staatsbürgerlicher und allgemeinmenschlicher Sicht mangelhaft vorbereitet wurde und sich nun in Sprüngen vollzieht, die die Gefahr von „Beinbrüchen“ in sich schließen. Dies erfordert eine große Selbstzucht und Selbstverleugnung bei den westlichen Missionskräften, den unbeirrbaren Willen zum Dienen, die Ablegung aller paternalistischer Allüren und eine wirkliche Liebe zu dem Volke, das sie wie ihr zweites Vaterland lieben müssen, um allen alles werden zu können.

Im Jahre 1957 bereiste der holländische Missionswissenschaftler Eduard Loffeld CSSp sieben Monate lang einen sehr großen Teil der zentralafrikanischen Missionen und nahm dabei Fühlung mit 24 europäischen und 4 afrikanischen Bischöfen, mit 500 westlichen und 50 afrikanischen Priestern, mit 625 Schwestern weißer und schwarzer Rasse, mit 120 Brüdermissionaren, zahlreichen Laienmissionaren, Verwaltungsbeamten, Geschäftsleuten usw. Seine Eindrücke gab er in ungeschminkter Offenheit in „Het Missiewerk“ (Nr. 2/4, 1958) wieder. Über die Missionare sagte er hier: „Es gibt Missionare von vielerlei Zuschnitt und Färbung, von unterschiedlicher geistlicher Begnadigung, intellektueller Formung und praktischer Tüchtigkeit, von einer stark getönten Verschiedenheit hinsichtlich der Offenheit für andere menschliche Werte und Kulturen, mit Unterschieden in westlicher Denkart und nationalem Chauvinismus. Es gibt eine Abstufung zwischen der Haltung von Missionaren gegenüber dem afrikanischen Menschen: von Respekt, Hochachtung und Freundschaft über allgemeinmenschliche Höflichkeit bis zu jedenfalls scheinbar abweisender Haltung. Es gibt Hochherzigkeit und unbewußt kund getanes Überlegenheitsgefühl, um nicht zu reden von einer mit den Jahren gewachsenen Negrophobie. Man findet ungeheuchelte Sympathie und ein Verstehen gegenüber dem Afrikaner, eine Bereitschaft zu loyaler Mitwirkung bei seinen noch schwankenden Schritten zur Selbstbestimmung, aber man spürt auch reaktionäre Skepsis, mit dem herablassenden jovialen Schulterklopfen, dem dann später ein Augenzwinkern der Missionare und Weißen untereinander folgt. Es gibt so viele Unterschiede... Wer in dem Missionar einen Heiligen sieht oder auch nur einen Übermenschen, rennt in die mythologische Sphäre hinein... Das Ideal muß gewahrt bleiben und wurde stets vor Augen gestellt, aber mit dem Mittelmaß muß man sich abfinden können. Auch der Heiland wird dies wohl in seiner allgemeinen Heilsökonomie und seinem konkreten Heilsplan einkalkuliert haben. Er hat vorausgesehen, daß es Missionare geben würde, die in gewisser Hinsicht ‚einschlügen‘, und andere, die bis zu einer gewissen Höhe abfallen oder selbst radikale Niete sein

würden, mit allen Schattierungen, die dazwischenliegen.“

Loffeld macht deutlich, daß mancher ältere Missionar — und dazu rechnet er auch noch jene, die kurz nach dem zweiten Weltkrieg hinauszogen — mit der Zeit nicht mitging und in einer paternalistischen Geisteshaltung verharrt: „Die Missionare sehen ihre früher so gehorsamen und lenkbaren (oder sich fügenden?) Christen heute ihre Forderungen stellen, selbst im tiefsten Binnenland. Und sie denken traurig an die gute alte Zeit, als der Missionar, eine Art von geistlicher Kolonist, seine Station noch als einen Feudalsitz ansehen und behandeln konnte, in höherem Maße als ein Brabanter Pastor von einst... Etliche versuchen in der Tat noch, denselben Stil durchzuhalten, derweil der Missionar vom Typ 1950 oder 1955 im Jahre 1958 schon wieder veraltet ist.“ „Es würde seltsam sein“, meint Loffeld, „wenn die missionarische Tradition und die bekannte klerikale Beharrungstendenz mit den kulturellen sozialen und politischen Strombeschleunigungen Schritt gehalten hätte.“ Nach Anführung einiger Beispiele der „Methode der harten Hand“ von seiten des einen oder anderen Missionars, die er als Ausnahmen bezeichnet, rügt der Verfasser die psychologische Haltung vieler Missionare, die über ihre Schwarzen mit barschen Befehlen und mit lautem Schimpfen herrschen, und auf jeden Fall bis in alle Einzelheiten hinein die Leitung haben wollten. Man müsse mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der Einheimischen zeigen und mehr Initiative gewähren. — Als Ben Sanders SVD jüngst den ehemaligen Kongominister Maurice van Hemelrijk, der für die schnelle Gewährung der Unabhängigkeit an Belgisch-Kongo verantwortlich war, bei einem Interview in Löwen befragte: „Werden die Kongolesen nach Erhalt der Unabhängigkeit alle Missionare in Ruhe weiterarbeiten lassen?“, antwortete dieser: „Nein! Es gibt Missionare, die das gleiche Los wie andere Weiße teilen werden. Auch unter ihnen gibt es solche, die durch ihr koloniales Auftreten eine Ausweisung verdient haben. Die große Masse der Missionare ist aber gerne gesehen“ (De Katholieke Missien, Teteringen, Holland, Juni 1960). — Ein Korrespondent der Agenzia Fides (18. 4. 59) schrieb aus Tabora (Tanganjika): „Unsere Schwierigkeiten, dem augenblicklichen Entwicklungsrhythmus zu folgen, kommen einerseits von der Schwierigkeit der Massen, sich zu formen und zu bewegen, andererseits von unserem Alter her, daß eine unserem Apostolat doch so wesentliche Anpassung zügelt. Wir müssen gegen die menschliche Neigung ankämpfen, das Morgen im Lichte des Gestern zu sehen und entsprechend zu reagieren. In einem Kontinent, der die Etappen hinter sich verbrennt, kann ein Mangel an Anpassung katastrophale Folgen haben. Die Missionare sehen das und bemühen sich nach Kräften, ihre Schau der Dinge einer Revision zu unterziehen.“ — In einem Bericht an die Südafrikanische Bischofskonferenz (vgl. NCWC News Service, 13. 6. 60) beklagt der Leiter des südafrikanischen Priesterseminars für Nichtweiße, Oswin Magrath OP, es gebe recht viele weiße Priester, die sicher sind, sie kennen den Nichteuropäer besser, als dieser sich selbst kenne. Sie redeten und handelten ständig nach Pauschalurteilen und mit Pauschalkritik an den Schwarzen und ließen den einzelnen fühlen, daß er hoffnungslos im voraus präjudiziert, klassifiziert und abgeurteilt sei. Ihre Caritas sei eher paternalistisch als von Nächstenliebe eingegeben: „Um Berufe nicht zu entmutigen und zukünftige gute Beziehungen

vorzubereiten, bedürfen wir dringend einer Bewegung (im Klerus) zugunsten elementarer Höflichkeit, der Achtung, des Vertrauens und der (christlichen) Liebe.“

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die erste und wichtigste Aufgabe in dem Bemühen, Asien und Afrika der christlichen Welt zu erhalten, bei uns Christen selber liegt: „Noch ist es nicht zu spät. Es besteht kein Zweifel, daß der schwarze Mann nicht hassen will, sondern sich nach verstehender Liebe und Achtung sehnt. Er sucht im Weißen den Bruder, den Freund, der sich mit ihm solidarisch weiß und ihn auf dem Wege in die Zukunft nicht hindert“ (F. Raaflauf in „Evangelisches Missionsmagazin“, Nr. 1, 1960). Und Papst Johannes XXIII. gab diesem Verlangen die spezifisch christliche Antwort in seiner Rundfunkansprache an Afrikas Katholiken: „Die Kirche empfängt die Christen Afrikas mit der gleichen Zuneigung wie alle ihre anderen Kinder, denn sie ist das gemeinsame Vaterland der Seelen. ‚Ihr alle‘, sagt Paulus den Galatern, ‚seid durch den Glauben in Jesus Christus Kinder Gottes. Denn alle, die ihr in Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Da ist nicht Jude noch Heide, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib. Denn ihr alle seid eins in Christus Jesus.‘ Diese tiefe Einheit des Menschengeschlechtes immer mehr kundzutun, ist die Sendung der katholischen Kirche“ (Osservatore Romano, a. a. O.).

Ökumenische Nachrichten

Die neue Verfassung des Weltrates der Kirchen nach Eingliederung des Internationalen Missionsrates

Seit einigen Jahren steht auf der Tagesordnung des Zentralaussschusses des Weltrates der Kirchen der Plan, den Internationalen Missionsrat (IMR), d. h. die Organisation freier Missionsgesellschaften und der nationalen

Christenräte in den Missionsgebieten — von jeher Schrittmacher der Ökumenischen Bewegung und Mitbegründer des Weltrates —, diesem einzugliedern. Nachdem auf der letzten Weltmissionskonferenz in Ghana 1958 die Eingliederung grundsätzlich beschlossen worden war (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 222), wurde im August vorigen Jahres dem Zentralaussschuß auf Rhodos der Entwurf der Verfassung für die neu zu bildende „Kommission für Weltmission und Evangelisation“ im Weltrat vorgelegt, in welcher der Internationale Missionsrat aufgehen soll, samt den erforderlichen Abänderungen der Verfassung des Weltrates der Kirchen sowie seiner Geschäftsordnung. Trotz erneuter Bedenken der Orthodoxen wurden nach einigen Korrekturen die Dokumente angenommen, die 1961 in Neu-Delhi der 3. Vollversammlung des Weltrates zur Ratifikation vorgelegt werden (vgl. ds. Jhg., S. 24 f.).

Diese drei Dokumente liegen uns nunmehr in einem Umdruck vor, so daß man sich ein Urteil bilden kann, ob und wie weit die Struktur des Weltrates und die Richtung seiner Aktivität dadurch verändert werden. Die von den Gegnern der Fusion geltend gemachten Einwände lauten, abgesehen von der „Mammutorganisation“, vor allem: 1. der Weltrat dürfe nicht aufhören, eine Gemeinschaft von „Kirchen“ zu sein, und 2. dürfe er nicht zu einer protestantischen Missionseinrichtung werden, die z. B. die Orthodoxen (von den Katholiken ganz zu schweigen) bedrohen würde. Es müsse also dafür gesorgt werden, daß die neue „Kommission für Weltmission und Evangelisa-

tion“ unter der Kontrolle des Zentralaussschusses bleibt. Eine Prüfung der Dokumente wird erweisen, daß formal den Bedenken Rechnung getragen worden ist. Aber angesichts der missionarischen Dynamik und — nicht zu vergessen — der bedeutenden finanziellen, vor allem amerikanischen Mittel, die der neuen „Kommission“ zu Gebote stehen, ist eine faktische Verlagerung des Schwergewichts wohl unvermeidlich, zumal da die Befürworter der Fusion, z. B. der New-Yorker reformierte Theologe Henry van Dusen, seit Jahren keinen Zweifel aufkommen ließen, daß die Zeit der dogmatisch gebundenen und hierarchisch verfaßten Kirchen vorüber sei.

Die Entwürfe

Da die Verfassung der künftigen „Kommission für Weltmission und Evangelisation“ mit ihren wichtigsten Stücken in der abzuändernden Verfassung des Weltrates der Kirche wiederkehrt, gehen wir der Einfachheit halber von letzterer, also von Dokument II aus, das den ursprünglichen Text der Verfassung des Weltrates (vgl. auch Herder-Bücherei Nr. 10, S. 168—170) den Änderungen gegenüberstellt. Danach ist geblieben die sog. „Basis“, wonach der Weltrat „eine Gemeinschaft von Kirchen ist, die unsern Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen“. Geblieben sind auch die Bestimmungen über die Mitgliedschaft (2/3 Mehrheit bei Neuaufnahme). Ergänzt ist Artikel III über die Funktionen des Weltrates. Sie bestehen darin: 1. die Arbeit der beiden Weltbewegungen für Glauben und Kirchenverfassung und für praktisches Christentum *und die Arbeit des IMR* weiterzuführen; 2. gemeinsames Handeln der Kirchen zu erleichtern; 3. das Zusammenwirken in Studienarbeit zu fördern; 4. das Wachstum des ökumenischen *und missionarischen* Bewußtseins bei den Gliedern aller Kirchen zu fördern; 5. die Kirchen in ihrer *weltweiten missionarischen und evangelistischen* Aufgabe zu unterstützen; 6. Beziehungen zu *nationalen und regionalen Räten*, zu konfessionellen und anderen ökumenischen Bewegungen aufzunehmen und zu pflegen; 7. Weltkonferenzen einzuberufen usw.

Aus den kursiv gedruckten Stellen ergibt sich, daß eine bloße Addition der Aufgaben vorliegt. Im Artikel IV über die Vollmacht des Weltrates ist nichts geändert worden, d. h., er hat keine gesetzgebende Gewalt über die Kirchen (keine „Superkirche“), er kann aber „im Auftrag von Mitgliedskirchen in solchen Fragen handeln, die ihm eine oder mehr Kirchen übertragen“, und er kann regionale Konferenzen oder sachbestimmte Weltkonferenzen abhalten. Auch der folgende Artikel über die Organisation des Weltrates und seiner Organe ist weitgehend unberührt geblieben (vgl. das Schema in Herder-Bücherei Nr. 10, S. 101 bzw. die Soziographische Beilage der Herder-Korrespondenz 10. Jhg., nach S. 368), bis auf folgende Bestimmungen: der Zentralaussschuß wird in Zukunft aus dem sechsköpfigen Präsidium und 100 (bisher 90) Mitgliedern bestehen. Die Mitgliedschaft im Zentralaussschuß soll außer (wie bisher) Berücksichtigung der Mitgliedskirchen nach zahlenmäßiger Größe, angemessener konfessioneller Vertretung und angemessener geographischer Verteilung auch „eine angemessene Vertretung der Hauptanliegen des Weltrates“ enthalten. Artikel VI über die Ernennung der Kommissionen verstärkt die Autorität der Vollversammlung und der Geschäftsordnung des Weltrates für die Arbeit der Kommission, die